IMT Nuremberg Archives

H – 833

International Court of Justice

H0833-0002

Notice.

Not to be published until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

Ne pas publier avant présentation devant le tribunal en audience publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jenen Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

Не публиковать до того, как представлено на публичном заседании трибунала и только ту часть, которая представлена в качестве доказательства.

H0833 - 0003

Ri.Exhibit Nr. 276

A b s c h r i f t

aus:- Dokumente der deutschen Politik Band 9 I

Der Balkanfeldzug

Seite 45/46

..... Sofort nach dem Umsturz kam es zunaechst in Belgrad und dann-auch mit Ausnahme von Kroatien- im ganzen uebrigen Lande zu achsenfeindlichen Demonstration und zahllosen schweren Ausschreitungen gegen das Deutschtum, vor denen nicht ein mal die amtliche Reichsdeutsche Vertretung sicher war. Unter diesen Umstaenden sah sich die Reichsregierung veranlasst, die reichsdeutschen Kolonien zurueckzurufen, waehrend sich gleichzeitig ein Strom von volksdeutschen Fluchtlingen, die vom serbischen Terror bedroht waren, ueber die Grenzen Deutschlands wie auch Ungarns und Rumaeniens ergoss.

Wenn es auch die neue St atsstreichregierung vermied, zur Frage der jugoslavischen Unterschrift unter den Dreimaechtepakt irgendwie offen und klar Stellung zu nehmen, so liess doch die Erklaerung, die Simowitsch am Abend des 27. Maerz vor Pressevertretern abgab und in der davon die Rede war, dass " sich das jugoslavische Volk wegen der Art der Fuehrung der Staatsgeschaefte beunruhigt gefuehlt" haette, ueber die feindselige Haltung der Belgrader Machthaber gegenueber den Achsenmaechten keinerlei Zweifel aufkommen: Diese Auffassung vertrat man auch in England und Amerika, wo ebenso wie in der Presse und im Rundfunk der Sowjetunion der Staatsstreich freudig begruesst wurde, sowohl der britische Koenig Georg VI. und Praesident Roosevelt wie auch deren fuehrende Minister uebermittelten dem Koenig Peter

H0833-0004

telegraphisch ihre Gluckwuensche, Triumphierend verkuendete Churchill in einer Rede vor der konservativen Partei in London am 27. Maerz die "guten Nachrichten" vom Umsturz in Belgrad. "Das Britische Reich und seine Verbuendeten", so erklaerte er damals, " werden mit der jugoslawischen Nation gemeinsame Sache machen, und wir werden weitermarschieren und alle Bemuehungen gemeinsam unternehmen, bis der vollstaendige Sieg errungen ist." Am naechsten Tage ueberreichte der USA-Gesandte Lane in Belgrad eine Note, in welcher Jugoslavien das Anerbieten gemacht wurde, ihm alle erdenkliche Hilfe zu leisten, falls es sein Unabhaengigkeit verteidigen wolle - ein Hilfsversprechen, das Roosevelt am 8. April in einem Telegramm an den jugoslavischen Koenig wiederholte ("jede nur moegliche materielle Hilfe") ohne zur Erfuellung dieser Zusage ueberhaupt auch nur im geringsten in der Lage zu sein. Schliesslich wurde am 5. April ein (mit den deutsch-sowjetischen Abmachungen unvereinbarer) jugoslavisch-sovjetrussischer Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag in Moskau unterzeichnet, der " nach der ganzen Lage der Umstaende nur als eine direkte Provokation Deutschlands und als eine Ermutigung der antideutschen Haltung der Regierung Simowitsch aufgefasst werden," konnte. Ausserdem gab ohne Rucksicht auf die mit Deutschland abgeschlossenen Vertraege die Sowjetregierung (wie aus Unterlagen, die in die Hand der Reichsregierung gelangt sind, hervorgeht), " um Serbien endgueltig in den Kampf zu bringen, die Zusicherung, ueber Saloniki Waffen, Flugzeuge und Munition und sonstigen Kriegsmaterial gegen Deutschland zu liefern" ....

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt:

gez.Unterschrift
Dr.Horn
Rechtsanwalt.

Ri.Exhibit Nr.277

H0833-0005

A b s c h r i f t

aus W e i s s b u c h Nr.7

Note der Reichsregierung an die Griechische Regierung

An die Koeniglich Griechische

Gesandtschaft

B e r l i n .

Berlin, den 6. April 1941

Abs.1

Seit Beginn des durch die Kriegserklaerung Englands und Frankreichs Deutschland aufgezwungenen Krieges hat die Reichsregierung immer klar und unzweideutig ihrem Willen Ausdruck gegeben, die militaerische Auseinandersetzung zwischen den kriegfuehrenden Staaten auf diese selbst zu beschraenken und insbesondere den Bereich der Balkanhalbinsel aus dem Kriege herauszuhalten, . Ebenso deutlich hat sie wiederholt erklaert, dass sie jedem englischen Versuch, den Krieg in andere Laender zu tragen, sofort mit allen ihr zur Verfuegung stehenden Nachmitteln entgegentreten werde.

.....

Abs. 4 ..... Wie uns heute bekannt ist, hat tatsaechlich Griechenland mit Ausbruch des Krieges im September 1939 seine Haltung der Neutralitaet verlassen und, zunaechst im geheimen, spaeter immer offener fuer die Feinde Deutschlands, d.h. vor allem fuer England Stellung bezogen. Wie weit die griechische Politik schon vor Ausbruch des Krieges von den in griechischen Regierungskreisen herrschenden Sympathien fuer England beeinflusst wurde, beweist allein die Tatsache, dass im April 1939 Griechenland die politische Garantie der Westmaechte akzeptierte. Sie musste sich nach

H0833 - 0006

gll

den allerbekannten Erfahrungen mit englischen Garantien klar sein, dass sie hierdurch zwangslaeufig ihr Land in englische Abhaengigkeit brin en und in die bereits damals bestehenden englischen Einkreisungsplaene gegen Deutschland verstricken musste. Offen trat diese Tendenz zum ersten Male nach Kriegsausbruch im Oktober 1939 zu Tage, als die Griechische Regierung von einer Verlaengerung des in diesem Jahre abgelaufenen Freundschaftsvertrages mit Italien nichts wissen wollte. Die Reichsregierung gelangte zur gleichen Zeit in den Besitz von Unterlagen, wonach die seinerzeit mit britischer Hilfe eingesetzte Griechische Regierung sich bereits von Beginn ihrer Regierungszeit an weitgehend der englischen Politk verpflichtet hatte. Wenn hierueber aber noch der geringste Zweifel obwalten konnte, so ist durch die Dokumente, die in La Charite in Frankreich gefunden wurden und die nun der Oeffentlichkeit uebergeben werden, die klare Stellungnahme Griechenlands gegen die Achse seit Ausbruch des Krieges voellig einwandfrei nachgewiesen.....

Abs.10

Die Reichsregierung, die bereits seit langem von diesem die Griechische Regierung schwer belastenden Urkundenmaterial Kenntnis hatte, hat ungeachtet desssen mit aeusserster Geduld und Langmut die Weiterentwicklung der griechischen Politik abgewartet. Selbst als Griechenland der britischen Marine Stuetzpunkte auf seinen Inseln zur Verfuegung stellte und Italien, der Bundesgenosse des Deutschen Reiches, angesichts dieses unneutralen Verhaltens sich zu einem militaerischen Vorgehen gegen Griechenland genoetigt sah, hat Deutschland seine abwartende Haltung beibehalten. Bestimmend hierfuer war die aufrichtige Hoffnung des deutschen Volkes, welches bisher fuer das griechische Volk nur freundschaftliche

H0833 – 0007

Gefuehle hegte, dass sich Griechenland doch noch auf seine wahren Interessen besinnen und dass dadurch die grichische Regierung veranlasst werden moechte, trotz allem noch zur wahren Neutralitaet zurueckzufinden. In diesem Sinne hat auch der Reichsminister des Auswaertigen von Ribbentrop in einer Unterredung mit dem grichischen Gesandten am 26. August 1940 in Fuschl der grichischen Regierung in ernster Form den Rat gegeben, ihre einseitige Beguenstigung Englands aufzugeben. Darueber hinaus ist die grichische Regierung aber durch wiederholte oeffentliche Erklaerungen des Fuehrers selbst darueber unterrichtet worden, dass Deutschland unter keinen Umstaenden ein Festsetzen britischer Streitkraefte auf grichischem Boden dulden werden.

. . . . . .

Seite 22, Abs. 1 Die grichische Regierung hat alle diese Warnungen in den Wind geschlagen. . . . . .

Abs. 2 Seit einigen Wochen kann nun kein Zweifel mehr darueber bestehen, dass England im Begriff ist, aehnlich seiner Weltkriegsexpedition nach Salonoki, eine neue Front gegen Deutschland in Griechenland zu errichten, im von dort noch einen letzten Versuch zu machen, den Krieg nach Europa hineinzutragen. In diesem Zusammenhang sind Meldungen von besonderer Bedeutung, wonach der Generalstab der in Griechenland operierenden englischen Streitkraefte die Verbindung mit dem Generalstab in Belgrad hergestellt hat. In den letzten Tagen aber ist Griechenland nunmehr offen zum Operationsgebiet der englischen Streitkraefte geworden. Gross angelegte operative Land- und Transportbewegungen der Englaender sind zur Zeit dort im Gange, und die amerikanischen Meldungen bestaetigen, dass bereits eine englische Armee von 200 000 Mann in Griechenland bereitsteht.

H0833 - 0008

Seite 23
Abs.1

. . . Die griechische Regierung hat damit selbst eine Lage herbeigefuehrt, der gegenueber Deutschland nicht laenger tatenlos verharren kann. Die Reichsregierung hat daher nunmehr ihren Truppen den Befehl erteilt, die britischen Streitkraefte vom griechischen Boden zu vertreiben .....

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt:

Dr. H or n
Rechtsanwalt.

H0833-0009

Ri.Exhibit Nr.278

A b s c h r i f t

aus W e i s s b u c h Nr.7

Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland.

Amtliche Erklaerung der Reichsregierung vom
6.April 1941.

Abs.1 Die Schwierigkeit seiner Lage und die immer deutlicher werdenden Anzeichen des Niederganges auf seinen Inseln veranlassen zur Zeit England zu immer verzweifelteren Versuchen, um noch einmal in Europa eine Front gegen Deutschland aufzurichten. Das Ziel dieses letzten englischen Versuches ist der B a l k a n, wo Griechenland bereits das Opfer dieser verbrecherischen britischen Politik der Kriegsausweitung geworden ist und so England jetzt in Jugoslawien ein williges Werkzeug fuer sein Ziel sieht, moeglichst den ganzen Balkan in Brand zu setzen.

Abs.2 Im Gegensatz zu dieser englischen Politik ist es von jeher das Bestreben Deutschlands gewesen, einen Ausgleich der Interessen auf dem Balkan herbeizufuehren und danit den Balkanlaendern das Schicksal des Krieges zu ersparen. In konsequenter Verfolgung dieser friedlichen Zielsetzung auf dem Balkan hat sich d e r F u e h r e r s e i t d e r M a c h t u e b e r n a h m e f u e r e i n e P o l i t i k d e r F r e u n d s c h a f t u n d Z u s a m m e n a r b e i t a u c h m i t d e m j u g o s l a w i s c h e n S t a a t e e i n g e s e t z t . .....

Abs.4 Mit dem im Ihre 1939 erfolgten Sturz der Regierung Stojadinowitsch stelle sich dann allerdings bald heraus, dass in diesem Staate starke Kraefte am Werk waren, die es sich zum Ziele gesetzt hatten, den Weg des Ausgleichs und der Freundschaft mit

H0833-0010

Deutschland zu verlassen und zu der frueheren Aussenpolitik Jugoslawiens, d.h. der Gegnerschaft gegenueber Deutschlands, zurueckzukehren. Waehrend diese Brstrebungen zunaechst noch unklar zutage traten, sollte nach Ausbruch des Krieges Deutschland bei Druchsicht der in Ia Charité in Frankreich gemachten bekannten Aktenfunde um so gruendlicher hierueber aufgeklaert werden. Diese Geheimakten des franzoesischen Generalstabes, die nunmehr der Oeffentlichkeit zugaenglich gemacht werden, beweisen, dass Jugoslawien bereits vor Kriegsausbruch, d.h.also seit dem Sommer 1939, eine einseitige Politik des Zusammengehens mit England und Frankreich, d.h. also eine eindeutig gegen Deutschland gerichtete Politik betrieben hat. .....

Seite 6 Abs.6 Die Dokumente sprechen eine deutliche Sprache. Waehrend seit Ausbruch des Krieges das ganze Bestreben Deutschlands auf eine Lokalisierung des Krieges gerichtet ist und Deutschland alles tut, um den Balkan die Schrecken des Krieges zu ersparen, setzt Jugoslawien zwar nach aussen die Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland fort, stellt sich aber insgeheim zu dieser Zeit bereits eindeutig auf die Seite der Feinde Deutschlands.

Seite 6 Abs.7 ..... Immer wieder wurden von seiten Deutschlands und Italiens Versuche unternommen, die Jugoslawische Regierung von der Zweckmaessigkeit einer dauernden Verstaendigung und Zusammenarbeit mit den Achsenmaechten zu ueberzeugen. Diese Politik gipfelte in der Einladung Jugoslawiens zur Beteiligung am Dreimaechtepakt.

Seite 7 Abs.7 ..... Fuer Deutschland und Italien war bei der Einladung Jugoslawiens zum Eintritt in den Dreimaechtepakt ausschliesslich der Wunsch massgebend, den jugoslawischen Staat z und zwar in dessen ureigensten Interesse = fuer die loyale Zu-

H0833 - 0011

sammenarbeit mit den anderen europaeischen Maechten gegen jede weitere Kriegsausweitung zu gewinnen und ihm gleichzeitig seinen endgueltigen Platz im Rahmen der Neuordnung Europas zu sichern. Auf diese geschichtlich einmalige Chance, die einem Staate geboten wurde, der seine Existenz ausschliesslich dem Versailler System und dessen Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Voelker verdankte, hat eine Clique von Verschwoerern in Belgrad nunmehr eine Antwort erteilt, die als ebenso dumm wie verbrecherisch bezeichnet werden muss. Denn: Die Jugoslawischen Minister, die, mit allen Vollmachten ausgestattet, in Wien ihre Unterschrift unter einen Vertrag setzten, der ihrem Staat die dauernde Sicherheit und dem jugoslawischen Volk eine glueckliche Zukunft garantieren sollte, wurden am Tage ihrer Rueckkehr nach Belgrad verhaftet. Die Schuld hieran trifft eine Clique von Verschwoerern, die damit eine grosse Verantwortung auf mich geladen hat. Es sind dieselben beruechtigten Verschwoerer, deren Terrorakte voh jeher den Balkan unsicher machten, die selbst vor Koenigmorden nicht zurueckschreckten und die im Jahre 1914 durch den Mord von Sarajewo den Weltkrieg entfesselten und damit schon einmal unsaegliches Unglueck ueber die Menschheit gebracht haben.

Mit der Machtergreifung dieser Verschwoererclique aber hat Belgrad nubmehr die Maske endgueltig fallen lassen. Vor einigen Tagen hat mit einem Schlage in ganz Jugoslawien ein unerhoerter Terror gegen alle Angehoerigen der Achsenmaechte und der ihnen verbuendeten Staaten eingesetzt. Der Fuehrer wurde geschmacht, der Deutsche Gesandte wurde oeffentlich beleidigt, dem Italienischen Gesandten wurde von General Simowitsch unverhohlen mit Krieg gedroht, ein Offizier der Deutschen Gesandtschaft wurde beschimpfte und misshandelt, deutsche Einrichtungen zerstoert und gepluendert, und in den letzten Tagen hat die Drangsalierung alles Deutschen einen Umfang angenommen, der die Erinnerung an

H0833 - 0012

die schlimmste Zeit derDeutschenverfolgung in Polen wachrufft. Auch die wahre Richtung der jugoslawischen Aussenpolitik trat nun offen zu Tage. Wenn heute von den Machthabern in Belgrad die Einladung an Jugoslawien zum Eintritt in den Dreimaechtepakt, d.h. also die Aufforderung zur loyalen Zusammenarbeit innerhalb der europaeischen Voelkerfamilie, als ein gegen die jugoslawische Ehre verstossender Akt hingestellt wird, so zeigt dies die wirkliche Einstellung der heute bestimmenden Kraefte in diesem Lande, die eben keine Befriedung wuenschen, sondern die glauben, nur durch Aufrechterhaltung von Unruhe und Zwietracht ihre egoistischen Ziele verfolgen zu koennen. Die Handlungen der derzeitigen Machthaber sind demnach auch voellig eindeutig.

1. wurde die Mobilisierung der ganzen jugoslawischen Armee angeordnet,

2. sind englische Generalstabsoffiziere in den letzten Tagen als Verbindungsmaenner zur jugoslawischen Armee in Belgard eingetroffen,

3. wurde durch Entsendung jugoslawischer Generalstabsoffiziere nach Griechenland mit den in Griechenland operierenden englischen Streitkraeften und der griechischen Armee Verbindung hergestellt, und

4. sind in den letzten Tagen die unwiderleglichen Beweise in die Haende der Reichsregierung gelangt, dass die Jugoslawische Regierung in der Person des Generals Simowitsch sich an England und Amerika zwecks Unterstuetzung mit Truppen, Waffen und Krediten in dem kommenden Kampfe gegen Deutschland gewandt hat.

Jugoslawien hat also endgueltig beschlossen, mit den Feinden Deutschlands gemeinsame Sache zu machen und seine Armee und sein Land England als Aufmarschgebiet gegen Deutschland

H0833 -0013

zur Verfuegung zu stellen. Der Brief des heutigen, in den Haenden der Belgrader Generalclique befindlichen Koenigs, der nach England schrieb, " er warte nur noch auf den Tag, an dem Jugoslawien sich gegen die Nazis entscheiden werden, damit er endlich seine Armee uebernehmen koenne," und die Antwort britischer Staatsmaenner mit dem Premierminister Churchill an der Spitze, die die Thronbesteigung dieses Koenigs als die endgueltige Festlegung Jugoslawiens auf seiten Enhlands feierten, sind hierfur nur noch eine letzte Bestaetigung.

Die Reichsregierung ist nicht gewillt, diesem Treiben einer verbrecherischen Clique in Belgrad laenger zuzusehen und zu dulden, dass Jugoslawien zum Tummelplatz einer kontinentfremden britischen Soeldnertruppe wird, wie dies zur Zeit in Griechenland der Fall ist. Sie hat daher den deutschen Truppen nunmehr den Befehl erteilt, die Ruhe und Sicherheit auch in diesem Teil Europas mit allen mitlitaerischen Machtmitteln des Reiches wiederherzustellen.

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt:
gez.Unterschrift: Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0833 - 0014

A b s c h r i f t

aus "Dokumente der deutschen Politik
Band 7 / I Seite Nr. 216, 224 und 225.

Nr. 1

Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 23. August 1939.

Artikel I.

Die beiden Vertragschliessenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Maechten, zu enthalten.

Artikel III.

Die Regierungen der beiden Vertragschliessenden Teile werden kuenftig fortlaufend zwecks Konsultation in Fuehling miteinander bleiben, um sich gegenseitig ueber Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen beruehren.

Artikel VI.

Der gegenwaertige Vertrag wird auf die Dauer von zehn Jahre abgeschlossen mit der Massgabe, dass, soweit nicht einer der Vertragschliessenden Teile ihn ein Jahr von Ablauf dieser Frist kuendigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages automatisch fuer weitere fuenf Jahre als verlaengert gilt.

. . . . . folgen Unterschriften.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

TC 25

Ri. Exhibit Nr. 280
H0833 – 0015

A b s c h r i f t

aus "Dokumente der deutschen Politik"
Band 7 / I Seite Nr. 345 und 346.

Nr. 9

Rede des Fuehrers vor dem deutschen Reichstag in der Krolloper zu Berlin vom 6. Oktober 1939.

. . . . Wenn sich nun in diesem deutschen Vorgehen eine Interessengemeinschaft mit Russland ergeben hat, so ist diese nicht nur in der Gleichartigkeit der Probleme begruendet, die die beiden Staaten beruehren, sondern auch in der Gleichartigkeit der Erkenntnisse, die sich in beiden Staaten ueber die Ausgestaltung der Beziehungen zueinander herausgebildet haben.

Ich habe schon in meiner Danziger Rede erklaert, dass Russland nach Prinzipien organisiert ist, die verschieden sind von den unseren. Allein, seit es sich ergab, dass Herr Stalin in diesen russisch-sowjetischen Prinzipien keinen Hinderungsgrund erblickte, mit Staaten anderer Auffassung freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, kann auch das nationalsozialistische Deutschland keine Veranlassung mehr sehen, etwa seinerseits einen anderen Masstab anzulegen. Sowjet-Russland ist Sowjet-Russland; das nationalsozialistische Deutschland ist das nationalsozialistische Deutschland. Eines aber ist sicher in demselben Moment, in dem die beiden Staaten sich gegenseitig ihre verschiedenen Regime und deren Prinzipien respektieren, entfaellt jeder Grund fuer irgendeine gegenseitige feindliche Haltung. In geschichtlich lagen Zeitraeumen der Vergangenheit hat es sich erwiesen, dass die Voelker dieser beiden groessten Staaten Europas dann am gluecklichsten waren, wenn sie miteinander in Freundschaft lebten. Der grosse Krieg, den einst Deutschland und Russland gegeneinander fuehrten, ist zum Unglueck beider Laender geworden. Es ist verstaendlich, dass besonders die kapitalistischen Staaten des Westens heute ein Interesse daran besitzen, die beiden Staaten und ihre Prinzipien wenn moeglich gegeneinander auszuspielen. Sie wuerden zu diesem Zweck und insoweit sehr wohl Sowjet-Russland als genuegend salonfaehig betrachten, um mit ihm nuetzliche Militaerbündnisse abzuschliessen. Sie halten es aber fuer eine Perfidie, wenn -

H0833 - 0016

diese ehrbare Annaeherung abgelehnt wird und sich statt dessen eine Annaeherung zwischen jenen Maechten ergibt, die allen Grund haben, in gemeinsamer friedlicher Zusammenarbeit, im Ausbau ihrer wirtschaftlichen Beziehungen das Glueck ihrer Voelker zu suchen. Ich habe schon vor einem Monat im Reichstag erklaert, dass der Abschluss des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes eine Wende in der ganzen deutschen Aussenpolitik bedeutete.

• • • • •

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0833 - 0017

A b s c h r i f t

aus: Dokumente der deutschen Politik Band 8 I

Seite 316 bis 325

Nr. 45

Dreiermaechtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan
vom 27. September 1940,

Die Regierungen von Deutschland, Italien und Japan sehen es als eine Voraussetzung fuer einen dauerhaften Frieden an, dass jede Nation der Welt den ihr gebuehrenden Raum erhaelt. Sie haben deshalb beschlossen, bei ihren Bestrebungen im grossostasiatischen Raum und in den europaeischen Gebieten Seite an Seite zu stehen und zusammenzuarbeiten, wobei es ihr vornehmstes Ziel ist, ein neue Ordnung der Dinge zu schaffen und aufrechtzuerhalten, die geeignet ist, Gedeihen und Wohlfahrt der dortigen Voelker zu foerdern. Es ist ferner der Wunsch der drei Regierungen, die Zusammenarbeit auf solche Nationen in anderen Teilen der Welt auszudehnen, die geneigt sind, ihren Bemuehungen eine aehnlich Richtung wie sie selbst zu geben, damit so ihre auf den Weltfrieden als Endzie gerichteten Bestrebungen verwirklicht werden koennen. Dementsprechend haben di Regierungen von Deutschland, Italien und Japan folgendes vereinbart:

H0833 - 0018

Ri. Exhibit Nr.

623

A b s c h r i f t

aus "Dokumente der deutschen Politik"
Band 8 / I Seite Nr. 316 bis 325.

Nr. 2

Dreimaechtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan

vom 27. September 1940.

Artikel I

Japan anerkennt und respektiert die Fuehrung Deutschlands und Italiens bei der Schaffung einer neuen Ordnung in Europa.

Artikel II.

Deutschland und Italien anerkennen und respektieren die Fuehrung Japans bei der Schaffung einer neuen Ordnung im gross-ostasiatischen Raum.

Artikel III.

Deutschland, Italien und Japan kommen ueberein, bei ihren Bemuehungen auf der vorstehend angegebenen Grundlage zusammenzuarbeiten. Sie uebernehmen ferner die Verpflichtung, sich mit allen politischen, wirtschaftlichen und militaerischen Mitteln gegenseitig zu unterstuetzen, falls einer der drei Vertragschliessende Teile von einer Macht angegriffen wird, die gegenwaertig nicht in den europaeischen Krieg oder in den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt ist.

Artikel V.

Deutschland, Italien und Japan erklaeren, dass die vorstehenden Abmachungen in keiner Weise den politischen Status beruehren, der gegenwaertig zwischen jedem der drei Vertragschliessenden Teile und Sowjet-Russland besteht.

. . . . . folgen Unterschriften.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn.
Rechtsanwalt.

H0833 - 0019

Ri-Exhibit Nr. 282

A b s c h r i f t

aus " Dokumente der deutschen Politik "
Band 7 / I Seite Nr. 324 und 325.

Nr. 8

Note der Sowjetregierung an die in Moskau akkreditierten fremden Missionen vom 17. Sept. 1939

" Herr Botschafter

Der polnisch-deutsche Krieg hat die innere Unhaltbarkeit des polnischen Staates erwiesen. Im Laufe der zehntaegigen Operationen hat aPolen alle seine Industriegebiet und Kulturzentren verloren. Warschau als Residenzstadt Polens besteht nicht mehr. Die polnische Regierung ist zerfallen und bekundet keinerlei Lebenszeichen. Das bedeutet, dass der polnische Staat und seine Regierung tatsaechlich aufgehoert haben, zu existieren. Dadurch haben die Vertraege ihre Gueltigkeit verloren, die zwischen der Sowjetunion und Polen bestanden (Nichtangriffsvertrag vom 25. Juli 1932 ; am 5. Mai 1934 um zehn Jahre verlaengert.) Sich selbst ueberlassen und ohne Fuehrung geblieben hat sich Polen in ein bequemes Feld fuer jegliche Zwischenfaelle und Ueberraschungen verwandelt, die eine Bedrohung fuer die Sowjetunion schaffen koennen.
Infolgedessen kann die Sowjetregierung, die bisher neutral war, sich nicht weiter neutral zu diesen Tatsachen verhalten.

Die Sowjetregierung kann sich auch nicht gleichgueltig dazu verhalten, dass die mit ihr blutsmaessig verwandten Ukrainer und Weissrussen, die auf dem Territorium Polens leben und der Willkuer des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben.

Angesichts dieser Sachlage hat die Sowjetregierung das Oberkommando der Roten Armee angewiesen, den Truppen Befehl zu erteilen, die Grenze zu ueberschreiten und das Leben und Eigentum der Bevoelkerung der westlichen Ukraine und des westlichen Weissrusslands unter ihren Schutz zu nehmen.

Gleichzeitig beabsichtig die Sowjetregierung, alle Massnahmen zu treffen, um das polnische Vok aus dem unseligen

H0833-0020

Krieg hinauszufuehren, in den es durch seine unvernuenftigen Fuehrer gestuerzt wurde und ihm die Moeglichkeit zu geben, ein friedliches Leben wieder aufzunehmen.

Empfangen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung usw. usw. "

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt :

gez. Unterschrift

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

Ri Exhibit Nr. 283

A b s c h r i f t

aus dem Voelkischen Beobachter, 52. Jahrgang Nr. 262

vom 19. September 1939.

Gemeinsame Erklaerung der Reichsregierung und der Reggierung der UdSSR.

Berlin, 18. September

Zur Vermeidung von irgendwelchen unbegruendeten Geruechten bezueglich der Aufgaben der deutschen und sowjetischen Truppen, die in Polen taetig sind, erklaeren die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR. dass die Handlungen dieser Truppen keinerlei Ziele verfolgen, die den Interessen Deutschlands oder der Sowjetunion zuwiederlaufen oder dem Geiste und dem Buchstaben des zwischen Deutschland und der Sowjetunion geschlossenen Nichtangriffsvertrages widersprechen. Im Gegenteil, die Aufgabe dieser Truppe besteht darin, Ordnung und Ruhe in Polen herzustellen, die durch den Zerfall des polnischen Staates zerstoert sind, und der Bevoelkerung Polens zu helfen, Bedingungen ihres staatlichen Daseins neu zu regeln.

Fuer die Richtigkeit der
Abschrift :
gez. Unterschrift

(Dr. Horn, Rechtsanwalt)

H0833-0022

Ri-Exhibit Nr. 284

A b s c h r i f t

aus " Dokumente der deutschen Politik "

Band 7 / I Seite Nr. 328 bis 331.

Nr. 6

Deutsch-sowjetrussischer Grenz- und Freundschafts-vertrag vom 28. September 1939

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR. betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen Polnischen Staates ausschliesslich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruch und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Voelkerschaften ein ihrer voerlkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern. Zu diesem Zweck haben sie sich ueber folgendes geeignet.

Artikel I.

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR. legen als Grenze der beiderseitigen Reichsinteresse im Gebiete des bisherigen Polnischen Staates die Linie fest, die in der anliegenden Karte eingezeichnet ist und in einem ergaenzenden Protokoll naeher beschrieben werden soll.

Artikel II.

Beide Teile erkennen die in Artikel I festgelegte Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen als endgueltig an und werden jegliche Einmischung dritter Maechte in diese Regelung ablehnen.

Artikel III.

Die erforderliche staatliche Neuregelung uebernimmt in den Gebieten westlich der in Artikel I angegebenen Linie die Deutsche Reichsregierung, in den Gebieten oestlich dieser Linie die Regierung der UdSSR.

Artikel IV.

Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR. betrachten die vorstehende Regelung als ein sicheres Fundament fuer eine fortschreitende Entwiecklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Voelkern.

. . . . . folgen Unterschriften.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt :

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0833-0023

Ri.Exhibit Nr. 285

A b s c h r i f t

aus Dokumente der Deutschen Politik Band 9 I S. 222

28. Dokumentarischer Bericht des Auswaertigen Amtes ueber die von der Sowjetunion in Europa gegen das Deutsche Reich betriebene Agitation vom 24. Juni 1941.

Das Auswaertige Amt ist im Besitz umfassender Beweise, dass von Moskau aus in dritten Laendern eine grossangelegte Wuehl- und Umsturzpropaganda in betont deutschfeindlichem Sinne betrieben wird. Der alte Gedanke der Weltrevolution wird unveraendert weiterverfolgt. Deutschland aber wird auch nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Freundschafts-abkommens auf eine Stufe mit England und Frankreich gestellt und gilt auch weiterhin als kapitalistischer Staat, der vernichtet werden muss. Die Vertraege mit Deutschland dienen hierbei lediglich als taktisches Mittel zur Ausnutzung einer guenstigen politischen Konjunktur.

Diese Tendenzen zeigen sich uebereinstimmend in der von Sowjetrussland in allen Laendern betriebenen Propaganda. Sie werden besonders klar definiert in den im Oktober 1939 herausgegebenen " Richtlinien fuer die innerparteiliche organisatorische und ideologische Kampagne der Kommunistischen Partei der Slowakei ". Diese Richtlinien knuepfen an einen Ausspruch Lenins an, wonach auch mit einzelnen kapitalistischen Laendern Pakte abgeschlossen werden koennen, wenn sie den Interessen der Sowjetunion dienen und die Moeglichkeit schaffen, den Gegner unschaedlich zu machen. Die taktische Zusammenarbeit mit Deutschland, so heisst es in diesen Richtlinien weiter, entsprechen voellig diesen Worten Lenins. Das Ziel der sowjetischen Politik wird mit folgenden Worten gekennzeichnet : " Die Sowjetunion und ihre Rote Armee koennen sich ohne Verluste bereithalten, im geeigneten Augenblick, an geeigneter Stelle den geschwaechten Feind anzugreifen . "

Der gleiche Gedankengang kehrt in Flugblaettern wieder, die in verschiedensten Laendern Europas verbreitet worden sind. So wird in einem in der Schweiz gedruckten Flugblatt die aktuelle Sowjetpolitik mit einem anderen Ausspruch Lenins umschrieben : " Sobald wir stark genug sein werden, um den gesamten Kapitalismus niederzuschlagen, werden wir ihm sofort an den Kragen gehen. "

H0833 – 0024

Auch die in Moskau erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften geben den Kommunisten aller Laender immer wieder die Parole der Weltrevolution. Bezeichnend ist z.B. ein Leitartikel der Zeitschrift "Internationnij Majak" (1941 Nr. 1), der unter der Ueberschrift "Die Sache Lenins wird in der ganzen Welt siegen" ausfuehrt: "Unter der Fuehrung des grössen Fortsetzers des Werkes Lenins, des Genossen Stalin, schreitet unser Land kuehn und ueberzeugt vorwaerts zum Kommunismus. Das internationale roletariat, die unterdrueckten und verblendeten Massen der ganzen Welt wiederholen in fester Hoffnung die prophetischen Leninschen Worte: "Sollte die Bourgeouisie vorlaeufig noch wueten, soll sie ruhig Tausende von Arbeitern morden, der Sieg ist mit uns, der Sieg der kommunistischen Weltrevolution ist gewaehrleistet". Und weiter: "Unter diesem kaempferischen revolutionaeren Banner, dem Banner der kommunistischen Internationale, vereinen sich die Proletarier und Werktaetigen der ganzen Welt zu dem letzten und entscheidenden Schlag gegen den Kapitalismus, fuer den Sieg der sozialistischen Revolution, fuer den Kommunismus (Jahr. 41, Nr. 4).

Im gleichen Sinne betonen die fuehrenden Persoenlichkeiten im Moskau immer wieder die internationale Mission der Sowjetunion: So Molotow in einer Rede vom Dezember 1939: "Fuer die internationale kommunistische Bewegung ist Stalin nicht nur der Fuehrer des Bolschewismus und der Fuehrer der UdSSR, sondern auch der natuerliche Fuehrer des Weltkommunismus"; und in einem Artikel vom Maerz 1940: "Wir werden dem Vermaechtnis, das der Kommunismus stets international bleiben muss, bis ans Ende treu bleiben". Und Stalin sagt in einer Rede im Januar 1940: "Mit Lenins Fahnen haben wir im Kampf fuer die Oktober-Revolution gesiegt. Mit derselben Fahne werden wir bei der proletarischen Revolution in der ganzen Welt siegen."

Hand in Hand mit dieser Aufhetzung zur Weltrevolution geht eine fuer das Inland bestimmte und sich staendig verschaerfende Kriegs- und Ruestungspropaganda in der Sowjetunion selbst. In zahllosen Reden und Proklamationen wird das Volk zur militaerischen Bereitschaft und Einsatzfreudigkeit aufgerufen. Es ge uegt in diesem Zusammenhange, an das Manifest des Marschalls Budjenny zum Jahreswechsel 1940/41 zu erinnern, in dem die Jugend aufgefordert wird,

H0833-0025

immer daran zu denken, "dass im Augenblick, in dem fast die ganze Erdkugel vom Kriege ergriffen ist, die Weisung Stalins heilig erfuellt werden muss, unermuedlich das ganze Land im Zustand staendiger kaempferischer mobilisierter Bereitschaft zu halten. Man muss sich taeglich, stuendlich der Kriegswissenschaft bemaechtigen, indem man sich auf die Erfuellung des Kampfbefehles vorbereitet. Man muss beharrlich daranndenken, dass nur ein Krieger, der sich in vollem Umfang der Militaerwissenschaften bemaechtigt hat, dem Feind den toedlichen Stoss versetzen kann." Ende Mai 1941 schreibt Gebietskommissar Batanow in der "Prawda", es sei notwendig, "dass die Sowjetunion sich von Tag zu Tag auf den Krieg vorbereitet". Immer wieder bringt die gesamte Sowjetpresse das gleiche Motto: "Unsere Rote Armee ist eine Armee der Weltrevolution und des Weltproletariats."

Diese allgemeinen, ueberall in Europa propagierten Gedankengaenge der fortdauernden Hinarbeit auf die Weltrevolution und die innersowjetische militaerische Vorbereitung darauf werden unter dem Eindruck der militaerischen Erfolge der Achsenmaechte in zunehmendem Masse auf Deutschland abgestellt und in den einzelnen Laendern durch eine konkrete, sich staendig verstaerkende Agitation gegen das Reich ergaenzt. Alle aussen- und innenpolitischen Schwierigkeiten der verschiednen europaeischen Staaten muessen in diesem Hetzfeldzug Argumente liefern. In R u m a e n i e n ist die Hetze der Kommunisten nicht einmal in den ersten Monaten nach Abschluss des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages gemildert worden. Von amtlicher rumaenischer Seite wurde dem deutschen Gesandten am 15. Februar 1940 erklaert die rumaenischen Kommunisten seien in ihren Aeusserungen und Rundschreiben stark antinationalsozialistisch und antideutsch; durch die offizielle Politik von Moskau und Berlin liessen sie sich in keiner Weise beeinflussen. In Uebereinstimmung mit dieser Feststellung betont die kommunistische Propaganda in Rumaenien, dass fuer die innenpolitischen Schwierigkeiten und fuer die wirtschaftliche Notlage lediglich Deutschland verantwortlich sei. Die durch die Losung der siebenbuergischen Frage aufgewuehlten nationalistischen Leidenschaften werden zur Hetze gegen den Wiener Schiedsspruch und damit gegen die Reichsregierung ausgebeutet. Nach dem Beitritt Rumaeniens zum Dreimaechtepakt wird - wenn auch vergeblich - versucht, die Bevoelkerung gegen die deutschen Truppen aufzuhetzen. Und das alles

H0833 – 0026

geschicht mit Druckschriften und Flugblaettern, deren Form und Drucktechnik erkennen laesst, dass sie im Ausland hergestellt wurden, und die nach Mitteilung der zustaendigen rumaenischen Behoerden durch Kuriere der Sowjetgesandtschaft nach Bukarest gebracht worden sind.

In J u g o s l a v i e n laesst sich vom Spaetsommer 1940 an gleichfalls eine Wendung der kommunistischen Propaganda im antideutsche Sinne beobachten. In einem Rundschreiben der Verwaltung des Drau-Banats in Laibach an die nachgeordneten Behoerden vom 5. August 1940 heisst es, dass nach den zur Verfuegung stehenden Unterlagen die kommunistische Propaganda im Gegensatz zu frueher darauf ausgehe, " in Zukunft Manifestationen im feindlichen Sinne gegen Deutschland und Italien zu veranstalten." Diese Behauptung der serbischen Behoerden wird durch die besonders in Slowenien verbreiteten kommunistischen Flugblaetter bestaetigt. So wird in einem anlaesslich des Jahrestages des deutsch-russischen Vertrages am 23. August 1940 verbreiteten Flugblatt die Jugoslawische Regierung angegriffen, weil sie eine Annaeherungspolitik an Rom und Berlin betreibe und Jugoslavien "vor den imperialistischen Wagen Deutschland und Italiens spannen" wolle. Aussenpolitisch verlangt diese Propaganda die Anlehnung Jugoslawiens an Russland. Aehnlich wird in einem im November in Agram vertriebenen kommunistischen Flugblatt Matschek angegriffen, weil er das Land " an die faschistischen Imperialisten in Berlin und Rom verkaufen wolle." In einem in Slowenien zirkulierenden Flugblatt zum russischen Revolutionstag am 7. November 1940 wird zum Protest aufgerufen "gegen das Paktieren des Regimes Zwetkowitsch mit den imperialistischen Regierungen von Berlin und Rom." Dem gleichen Ziel dienten Massendemonstrationen, die von sowjetischer Seite in Szene gesetzt wurden; als gelegentlich einer solchen Kundgebung von der jugoslavischen Polizei Verhaftungen vorgenommen wurden, stellte sich heraus, dass sich unter den Verhafteten Angestellte der Belgrader Sojetgesandtschaft befanden.

Mitunter werden in kommunistischen Kreisen offen russische Eroberungsabsichten a dem Balkan und gegen Deutschland proklamiert. So berichtet die Deutsche Gesandschaft in Belgrad am 13. September 1940, vor einigen Wochen sei auf einer Tagung kommunistischer Parteifunktionaere in Agram von einem Teilnehmer erklaert worden,

H0833 – 0027

dass nach den aus Russland eingegangenen Informationen die Gebiete der Slowakei, Ungarns, Jugoslaviens, Bulgariens, Rumaeniens sowie des zurzeit von den deutschen Truppen besetzte polnischen Raumes als russisches Protektorat bezeichnet werden sollten, die Neuregelung koenne aber erst nach Eintritt der zu erwartenden militaerischen Schwachung Deutschlands durchgefuehrt werden."

Dass derartige Parolen ueber ein kommendes Vorhaben Sowjetrusslands gegen Deutschland wirklich von russischer Seite den serbischen Kommunisten und Sowjetfreunden erteilt worden sind, zeigt ein nach der Besetzung Belgrads in der dortigen Sowjetgesundschaft aufgefundenes Schriftstueck, in dem zusammengefasst ist, in welcher Weise man russischerseits die Haltung der Sowjetunion nach dem Anschluss Rumaeniens an die Achsenmaechte den russophilen serbischen Gruppen darstellte. Es heisst in diesem in russischer Sprache abgefassten, nach seinem Inhalt aus dem Herbst 1940 stammenden Schriftstueck:

"Die UdSSR. wird erst im gegebenen Moment reagieren. Die Achsenmaechte haben ihre Streitkraefte weiter verzettelt, und deshalb wird die UdSSR ploetzlich gegen Deutschland losschlagen. Dabei wird die UdSSR. die Karpathen ueberschreiten, was das Signal fuer eine Revolution in Ungarn sein wird, und durch Ungarn werden die Truppen nach Jugoslavien ziehen und an die Adria vordringen, werden den Balkan und den Nahen Osten von Deutschland trennen. Wann wird das geschehen ? In dem Augenblick, den die Sowjets fuer einen Erfolg dieses Unternehmens am geeignetsten halten. Gleichzeitig damit wird die Revolution in Frankreich ausbrechen. In Jugoslavien werden die Massen in dem Mass, wie sich die heutige wirtschaftliche Lage verschlechtert, immer mehr radikalisiert werden. Wenn der Winter ebenso kalt wie hungrig wird, dann wird Jugoslavien im Fruehling zu einem Pulverfass, an das man nur ein Streichholz zu halten braucht."

In B u l g a r i e n wurde der deutsch-sowjetische Freundschaftspakt von der kommunistischen Propaganda als volle Kapitulation Deutschlands vor der Staerke Russlands ausgegeben und unter ungeheuerlichen Beschimpfungen Deutschlands wurde zur Weiterfuehrung des Kampfes gegen den

H0833-0028

den Faschismus und die deutsch-italienische Aggression aufgerufen. Von bulgarischer amtlicher Seite musste im Sommer 1940 eine allgemeine Verstaerkung der bolschewistischen Propaganda in den suedosteuropaeischen Staaten festgestellt werden. Auch in Bulgarien suchte sich die bolschewistische Propaganda nationalsozialistischer Parolen zu bemaechtigen. So wurde in der Dobrudscha-Frage die massvolle und verantwortungsbewusste Politik der bulgarischen Regierung als schwaechlich gebrandmarkt und die Unterstuetzung der Sowjetunion fuer ein weitergehendes Vorgehen in Aussicht gestellt.

In Ungarn konnte die bolschewistische Propaganda kaum Helfer finden, da hier die Erinnerung an die Schreckensherrschaft Bela Kuns noch lebendig ist. Um so ungehemmter verfolgt deshalb die Sowjetunion in den im Maerz 1939 Ungarn zurueckgegebenen Gebieten mit ruthenischer Minderheit ihre unterirdische Propaganda, die sie hier mit annezionistischen Zielen verbindet. So berichtet z.B. die Amsterdamer Zeitung "Algemeen Handelsblad" am 30.Dezember 1939, dass man in jenen Gebieten ueberall Sowjetsterne und Hammer- und Sichelzeichen auf den Mauern sache. Es wuerden fortwaehrend und in grossem Umfang Flugzettel verteilt, die hoechstwahrscheinlich aus Russland eingeschmuggelt seien. Die Flugzettel besagten, dass Vaeterchen Stalin, der Vater aller Russen und stammverwandten Gruppen und Bruder Woroschilow das arme unterdrueckte ruthenische Volk von seinen ungarischen Gewaltherrschern befreien wollten. Dass die Sowjetunion tatsaechlich aggressive Absichten gegen Ungarn hegte, wird in einem in Athen aufgefundenen Bericht des griechischen Gesandten in Ankara vom 3. Februar 1941 bezeugt. Danach hat der Sowjetgesandte seinem griechischen Kollegen gegenueber erklaert," dass Ungarn noch nichts von seiten Russlands zu befuerchten habe", wobei er" das Gegenteil fuer die Zukunft keineswegs ausschloss.

H0833 - 0029

In der Slowakei stand die Propaganda ganz im Geiste der bereits erwaehnten "Richtlinien", die ins einzelne gehende Anweisungen fuer die Arbeit der Kommunistischen Partei enthielten. Der Kampf gegen die bestehende Regierung sollte durch Eindringen in die Hlinka-Garde und die staatlichen Gewerkschaften vorangetrieben werden. Tatsaechlich ist eine ueberaus rege Agitation mit Flugblaettern, Maueranschriften, Handzetteln und kommunistischen Symbolen betrieben worden, wobei die scharfe antideutsche Tendenz Hand in Hand ging mit Bestrebungen, die offen auf eine Angliederung des Landes an die Sowjetunion hinzielten. Die Leitung der Propaganda durch die Sowjetgesandtschaft in Pressburg ist hier besonders augenfaellig in Erscheinung getreten; wie Havas Anfang Maerz 1940 bezeugt, wurde das Agitationsmaterial im Gebaeude dieser Gesandtschaft gedruckt. Besonders intensiv waren die sowjetrussischen Umtriebe in der Ostslowakei, wo die verwickelten Volkstumsverhaeltnisse den Vorwand fuer nationalsozialistische Parolen boten.

In S c h w e d e n ist die kommunistische Partei zwar zahlenmaessig nicht besonders gross, doch kommt ihr im Rahmen der internationalen Taetigkeit der Komintern eine besondere Bedeutung zu. Da Schweden das einzige Land Europas ist, das den Kommunismus nicht verboten hat, ist ein Teil der frueher in der deutschen Ostmark, der ehemaligen Tschechoslowakei, der Schweiz und Frankreich ausgeuebten kommunistischen Taetigkeit nach Schweden verlegt worden. So wird z. B. das frueher in Basel erscheinende offizielle Organ der Komintern "Die Rundschau"nunmehr in Stockholm gedruckt. Hauptpropagandaorgan der schwedischen Kommunisten ist die Tageszeitung "My Dag", die fuer die Sowjetunion von besonderer Bedeutung ist, da sie wohl die einzige noch regelmaessige legal erscheinende kommunistische Tageszeitung in einem neutralen Lande darstellt. Die Haltung dieses von Sowjetrussland ausgehaltenen Blattes ist zunehmend deutschfeindlich; ueberdies wird dafuer Sorge getragen, dass die

H0833 - 0030

deutschfeindlichen Veroeffentlichungen des "My Dag" in der ganzen Welt Verbreitung finden. So publizierte das Blatt z.B. Ende April 1941 ein angebliches Manifest der deutschen kommunistischen Jugend, in dem die deutschen Mass nahmen gegen Jugoslavien aufs schaerfste verurteilt wurden. Wie fuer die internationale Weiterleitung dieses deutschfeindlichen Artikels Sorge getragen wurde, schildert die folgende Meldung des Berichterstatt ers der "New York Times" in Stockholm vom 23. April d.J.: "Die heutige Ausgabe der kommunistischen schwedischen Zeitung wurde den englischen und amerikanischen Zeitungskorrespondenten in verschlossenem Umschlag zugeschickt. Das erwaehnte Manifest war blau angestrichen, als legte die schwedische Sektion der kommunistischen Internationale besonderen Wert auf die Veroeffentlichung des Manifestes im Ausland. Dieses ungewoehnliche Dokument mit dem heftigen Angriff auf Hitler und dessen Politik enthaelt einen klaren Aufruf zum Aufstand und zum Defaitismus. Es droht mit Moskaus Missbilligung. Das Dokument kommt in Wirklichkeit, so ist die allgemeine Auffassung hier, von der Kominter in Moskau. Beobachter in Stockholm betrachten das Manifest als ein neues und eindrucksvolles Zeichen fuer die schnelle Verschlechterung der Beziehungen zwischen Sowjetrussland und Deutschland."

In F i n n l a n d war die bolschewistische Propaganda waehrend des finnisch-russischen Krieges zum Stillstand gekommen. Nach Friedensschluss ging die Sowjetgesandtschaft in Helsinki sofort an den Wiederaufbau der kommunistischen Partei, die zunaechst in Form von kleinen Zellen organisiert wurde. Fuer die eigentliche Propaganda wurde die "Vereinigung fuer Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion" geschaffen, unter deren Mitgliedern sich- laut finnischem Gerichtsurteil - zahlreiche kriminelle Elemente befanden. Fuer die Propaganda wurde vom russischen Staatsrundfunk in der Nache der finnischen Grenze der Sender Petroskoi errichtet, der i n zahllosen

H0833-0031

Agitationssendungen das innerpolitische Leben Finnlands zu stoeren und die Finnische Regierung staendig unter Druck zu halten suchte. Auch hierbei wird das Ziel verfolgt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Finnland und dem Deutschen Reich zu trueben.

In F r a n k r e i c h wurden die Bemuehungen franzoesischer Politiker, die nach der Niederlage der 3. Republik die franzoesisch Bevoelkerung fuer eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland und der europaeischen Solidaritaet zu gewinnen suchten, von Moskau systematisch gestoert. Die Mitglieder der Regierung Petain wurden als kaeufliche Verraeter und Seeldlinge kleiner hochkapilistischer Gruppen hingestellt. Die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten Frankreichs nach der Niederlage wurden ausschliesslich auf die Besetzung des Landes durch Deutschland zurueckgefuehrt. Fast alle Flugblaetter und illegalen Zeitungen enden mit dem Aufruf zur bolschewistischen Revolution und zur Zusammenarbeit mit Sowjetrussland, die zur Behebung aller Noete der Gegenwart fuehren werde. Auc in B e l g i e n und H o l l a n d ist die antideutsche kommunistische Agitation im gleichen Sinne ueberaus rege.

Im G e n e r a l g o u v e r n e m e n t hat sofort nach Abgrenzung der deutschen und russischen Interessengebiete die Sowjetpropaganda eingesetzt. Sie wendet sich hier vor allem mit der panslawistischen Idee an den polnischen Nationalismus und sucht sich diesen Kreisen als zukuenftiger Befreier von der deutschen Herrschaft vorzustellen. Andererseits verschmaehen es die Russen natuerlich nicht, sich besonders der Juden fuer Passfaelschungen und Nachrichuebermittlung zu bedienen. Neuerdings wird auch der vergebliche Versuch unternommen, mit hetzerischer Zersetzungspropaganda an die deutschen Truppen heranzutreten.

Sogar in G r i e c h e n l a n d haben nach Berichten des dortigen Bevollmaechtigten des Reiches in den wenigen Wochen,

H0833-0032

die seit dem deutschen Einmarsch verstrichen sind, die Bolschewiken bereits versucht, das von England im Stich gelassene griechische Volk erneut gegen Deutschland und Italien aufzuhetzen. Wie ueberall in den besetzten Gebieten wird auch hier fuer den Fall eines deutsch russischen Krieges die Revolution vorbereitet und der Anschluss an die Sowjetunion als Allheilmittel fuer die Ueberwindung der Schwierigkeiten verkuendet.

So hat die russische Propaganda in allen Laendern Europas die Schwierigkeiten und Umwaelzungen, die der Krieg mit sich brachte, fuer ihre weltrevolutionaeren Umtriebe auszunutzen versucht. Ueberall ist diese revolutionaere Agitation mit einer von Monat zu Monat zunehmenden Hetze gegen das Reich und seine Versuche, eine neue stabile Ordnung in Europa zu schaffen, verbunden worden.

II.

In genauer Uebereinstimmung mit der vorstehend geschilderten unterirdischen Propaganda stehen die sonstigen Mittel der politischen Agitation, die die Sowjetunion in den genannten Laendern verwendet. So hat Moskau immer wieder versucht, die vermittelnde Rolle Deutschlands bei der Beilegung der territorialen Streitigkeiten zwischen Rumaenien,, Ungarn und Bulgarien zu stoeren und den Beitritt der Balkanstaaten zum Dreimaechtepakt zu verhindern, Die deutsch-italienische Garantie fuer die neuen rumaenischen Grenzen wurde von der kommunistischen Agitation in eine antirussische Kampfmassnahme umgefaelscht.

Gegen den Anschluss B u l g a r i e n s an den Dreier-Pakt hat Moskau mit besonderem Nachdruck gearbeitet, Ein Sonderdelegierter der Sowjetunion wurde Ende November 1940 zu Koenig Boris entsandt, um die Annaeherung Bulgariens an die Achsenmaechte zu hintertreiben und gleichzeitig Bulgarien durch das Angebot eines Garantiepaktes in das sowjetische Fahrwasser zu ziehen. Die Russen versuchten diese Mission durch Mobilisierung der bulgarischen

638

H0833-0033

Kommunisten zu unterstuetzen, die fingierte Massenpetitionen an die Regierung in Szene setzen mussten. Als wenige Monate spaeter Bulgarien die Zustimmung zum Einmarsch deutscher Truppen erteilte, machte sich die Sowjetregierung, obwohl sie vorher von der Reichsregierung ueber die Gruende und Ziele der deutschen Massnahmen auf dem Balkan auf das Genaueste unterrichtet worden war, geradezu zu einem Werkzeug der britischen Propaganda, indem sie in einer gewollt feindlichen oeffentlichen Erklaerung behauptete, dass die bulgarische Haltung zur Hineinziehung dieses Landes in den Krieg fuehren wuerde - eine Behauptung, die inzwischen durch die Tatsachen hinreichend widerlegt worden ist.

In R u m a e n i e n verfolgten seit dem Herbst 1940 die russischen Bestrebungen das Ziel, die innerpolitischen Schwierigkeiten des neuen Regimes in jeder Weise zu verstaerken und durch Hervorrufen von Unruhen den Buergerkrieg vorzubereiten. Schon im November 1940 wurden Kommunisten und bezahlte Agenten in die Legionaer-Bewegung eingeschmuggelt, die die inneren rumaenischen Gegensaetze fuer die trueben Zwecke Moskaus auszunutzen versuchten. Den Hoehepunkt der kommunistischen Aktion, die sich bereits im November 1940 in lokalen Putschplaenen, insbesondere in Erdoelgebiet, angekuendigt hatte, bildete der Aufstandsversuch der extremen Legionaere am 23. und 24. Januar 1941, der, wie einwandfrei feststeht, weitgehend von bolschewistischen Agenten und lokalen Kommunistenfuehrern ins Leben gerufen worden ist. Nach Scheitern des Putsches fluechteten sich einige Fuehrer des Aufstandes in die Sowjetgesandtschaft, um so ihrer Festnahme zu entgehen. Der Deutsche Gesandte in Bukarest hat am 11. Februar 1941 ueber die Hintergruende des Putschversuches zusammenfassend folgendes berichtet: "Der Umsturz ist geplant von russischen Elementen, die hierdurch die Bruecken bilden wollten nach Bulgarien ueber Rumaenien sowie durch Agenten des Secret Service. Beide haben die Situation

H0833 - 0034

sofort erkannt und haben sie sich zunutze gemacht. Wer ihre Methoden kennt, ist sich vollkommen klar darueber, dass sie ihre Hand im Spiel gehabt haben. Plan: Manche Wirrwarr um jeden Preis, um Rumaenien als Wirtschafts- und Aufmarschgebiet fuer Deutschland in Unruhe zu bringen."

Ebenso deutlich zeigen sich die russischen Intrigen in der Haltung Moskaus gegenueber Jugoslavien. Aus aufgefundenen franzoesischen Dokumenten sind der Reichsregierung Aeusserungen des russischen Aussenkommissars Molotow bekannt geworden, die dieser im Mai 1940 gegenueber dem jugoslawischen Delegierten Georgiewitsch getan hat und die deutlich beweisen, dass Molotow in den Gespraechen mit Jugoslawien von vornherein bemueht war, sich als gegen Deutschland eingestellt zu zeigen, waehrend er ueber Frankreich und England in Ausdruecken sprach, "die kein Uebelwollen zeigten." Dabei hat Molotow, wie Georgiewitsch berichtet, offen die Moeglichkeit angedeutet, dass sich Russland jedem Vorgehen Italiens und Deutschlands im Donaugebiet widersetzen wuerde. Ueberdies hat die Sowjetregierung bei dieser Gelegenheit Jugoslawien zu beschleunigter Aufruestung angetrieben und mitgeteilt, dass sie bereit sei, diese Aufruestung durch Lieferung von Waffen und Kredit zu unterstuetzen.

Georgiewitsch hat in Moskau den Eindruck gewonnen, dass man Deutschland dort als den Gegner von morgen ansah. "Schon jetzt ist Deutschland der maechtige Feind, gegen den man sich in Moskau vorbereitet." Auch glaubt der jugoslawische Delegierte sagen zu koennen, dass man in Russland "mit allen Mitteln die Deutschland versprochenen Lieferungen zu verlangsamen und nicht zu erleichtern versucht." Von den militaerischen Stellen Belgrads wurde die russische Haltung sehnlich beurteilt. In einer, in den Akten des Jugoslawischen Generalstabes aufgefundenen Aufzeichnung vom 24. Juni 1940 wird gesagt, dass "die Aussenpolitik der UdSSR voellig unabhaengig von Deutschland ist und dass daher auch fuer Deutschland selbst Ueberraschungen nicht ausgeschlossen sind."

H0833-0035

Die Grundhaltung Russlands zeigt sich besonders deutlich in der Frage der russischen Waffenlieferungen an Serbien, worueber die in Belgrad aufgefundenen Akten des serbischen Kriegsministeriums Aufschluss geben:

Entsprechend der Anregung der Sowjetregierung ueberreicht am 14. November 1940 der serbische Gesandte in Moskau dem Gehilfen des Aussenkommissars Wychinski ein Verzeichnis des von Serbien gewuenschten Kriegsmaterials. Bereits eine Woche spaeter, am 21. November, wurde dem serbischen Militaerattache vom russischen Generalstabschef die Antwort erteilt: "Wir geben alles Angeforderte, und zwar sofort". Das russische Entgegenkommen ging noch weiter: Noch mehr Material koenne geliefert werden; auch koenne Jugoslawien die Preise und die Zahlungsweise selbst bestimmen. Der jugoslawische Militaerattache konnte melden dass russischerseits "die Bereitschaft zu einer umfassenden Kriegsversorgung bestehe". Einzige Bedingung der Russen war absolute Diskretion; insbesondere sollte verhindert werden, dass Deutschland, Bulgarien oder Rumaenien etwas von den Lieferungen erfuehre. Seitens des jugoslawischen Militaerattaches in Moskau ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, dass diese Verhandlungen ausschliesslich ueber die militaerischen Stellen laufen sollten, da sonst Indiskretionen zu befuerchten seien. Die Befuerchtungen der Militaers gingen vo allem dahin, dass die Achsenmaechte von den geplanten Kaeufen Kenntnis erhalten koennten. Hieraus ist ersichtlich, dass die jugoslawischen Militaerkreise die von Russland angeregte Aufruestung als eine gegen die Achse gerichtete Massnahme verstanden. Das Draengen der Russen auf schnellen Abschluss der Verhandlungen aeusserte sich weiter darin, dass bereits am folgenden Tage -dem 22. November- vom russischen Generalstab verlangt wurde, schon bis zum naechsten Tage Einzelangaben ueber den Typ der angeforderten

H0833 - 0036

Waffen zu geben. Die Russen betonten dabei, es laege im eigensten Interesse der Jugoslawen, sofort zu antworten! "Jede Verzoegerung sei sehr gefaehrlich." Die Jugoslawen uebersandten daraufhin am 23. November die angeforderten Einzelangaben. In den folgenden Wochen werden dann aber die Verhandlungen russischerseits verzoegert. Als Begruendung gibt man zunaechst technische Umstaende, spaeter aber auch offen politische Argumente an.
Offensichtlich soll der Waffenhandel als Druckmittel gegen die damals beginnende Annaeherung der Zwetkowitsch-Regierung an die Achsenmaechte benutzt werden. Nachdem einige Wochen mit Versuchen der Behebung der von Russland vorgeschobenen technischen Gruende vergangen waren, meldet der jugoslawische Militaerattache in Moskau am 4. Februar 1940 woertlich folgendes: "Am 4. Februar hat mir das sowjetrussische Kriegsministerium mitgeteilt, die Verhandlungen ueber die Lieferung des Kriegsmaterials seien durch die Unterzeichnung unseres Paktes mit Ungarn und des Handelsvertrages mit Deutschland verzoegert worden. Diese Vertraege legt man als Abkehr von Russland aus. Hierin zeigt sich ebenso wie in der Betonung, der Preis spiele keine Rolle, dass sie unseren Wunsch fuer ein politisches Spiel auszunutzen versuchen." Offenbar ist es unter der Regierung Zwetkowitsch nicht zum Abschluss dieser Verhandlungen gekommen.

Bekanntlich wurde der Belgrader Staatsstreich und die Regierung Simowitsch vom russischen Rundfunk und von der russischen Presse lebhaft begruesst. Zweifellos sind die Putschisten bereits vor dem Umsturz durch Hoffnungen auf russische Hilfe in ihren Plaenen bestaerkt worden. Die Erwartungen der Simowitsch-Gruppe schienen sich zu erfuellen, als am 5. April 1941 der russisch-jugoslawische Freundschafts- und Nichtangriffspakt in Moskau unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag kann nach der ganzen Lage der Umstaende nur als eine direkte Provokation Deutschlands und als

H0833 - 0037

eine Ermutigung der antideutschen Haltung der Regierung Simowitsch aufgefasst werden und hat in der ganzen Weltpresse seinerzeit ein entsprechendes Echo gefunden. Ueberall wird die Unvereinbarkeit dieses Vertrages mit den deutsch-russischen Abmachungen hervorgehoben. Er wird als entscheidende Wendung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen angesehen; es wird sogar von der Moeglichkeit eines Kriegseintritts der Sowjetunion gegen Deutschland gesprochen.

Der Unterstaatssekretaer der Vereinigten Staaten Sumner Welles kommentiert den russischen Schritt folgendermassen, nachdem er vorher mehrere Besprechungen mit dem Sowjetbotschafter in Washington gehabt hatte: "Der jugoslawisch-russische Freundschaftspakt kann unter Umstaenden von allergroesster Bedeutung sein. Der Pakt wird auf vielseitiges Interesse stossen. Es sind Gruende vorhanden, um anzunehmen, dass er mehr als lediglich ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt ist." Dass der Vertragsabschluss auch von der Regierung Simowitsch als Aufforderung zum Kampf gegen das Reich verstanden wurde, geht aus einer urkundlich vorliegenden Feststellung des Gesandten Nintschitsch- des Bruders des Aussenministers der Staatsstreichregierung - einwandfrei hervor. Fuer die starke Verbundenheit zwischen Simowitsch und Sowjetrussland spricht weiter der Umstand, dass nach Ausbruch der Kampfhandlungen eine grosse Anzahl jugoslawischer Militaerflugzeuge nach Russland geflogen ist, um sich der Vernichtung zu entziehen. Ausserdem wurde nach zuverlaessigen Nachrichten jugoslawischen Offizieren von der Sowjetregierung die Verwendung im Sowjetdienst angeboten.

Ferner liegen urkundliche Beweise dafuer vor, dass Sowjetrussland dem jugoslawischen und griechischen Generalstab Nachrichten ueber Stand und Bewegung deutscher und italienischer Truppen uebermittelt hat.

Aus einwandfreier Quelle ist schliesslich bekanntgeworden, dass die Sowjetregierung am 10. April dem jugoslawischen Gesandten

H0833 - 0038

die Lieferung von Kriegsmaterial durch das Schwarze Meer vorgeschlagen hat. Das Kriegsmaterial sollte zunaechst nach dem Piraeus gebracht werden. Diese Nachricht zeigt, dass die Sowjetregierung den jugoslawischen Kampf gegen das Reich wenigstens durch Waffenlieferungen zu unterstuetzen und damit dem Reich in seinem Existenzkampf in den Ruecken zu fallen gewillt war.

Diese ganze Politik beruht offenkundig auf einer politischen und militaerischen Zusammenarbeit der Sowjetunion mit England und neuerdings auch mit Amerika. Ein weiteres Zeichen dieser Zusammenarbeit ist z.B. in der am 18. Maerz ergangenen Verordnung des Aussenhandelskommissars Mikojan zu erkennen, wonach der Durchtransport von Kriegsmaterial durch das Gebiet der Sowjetunion verboten wird. Es ist ganz offensichtlich, dass diese Bestimmung, die in erster Linie gegen die Zufuhr Deutschlands aus Ostasien gerichtet ist, einseitig die Interessen der Gegner Deutschlands begunstigt. Sie wird von der englischen und amerikanischen Presse ganz offen in diesem Sinne kommentiert und begruesst.

Etwa zu gleicher Zeit tritt auch die diplomatische Unterstuetzung, die Russland der englischen Regierung auf dem Balkan gewaehrt, offen zu Tage. Bekanntlich verfolgte die Reise des englischen Aussenministers Eden nach Istanbul den Zweck, eine Balkanfront unter Einbeziehung der Tuerkei aufzubauen und womoeglich auch die Sowjetunion in diesen Kreis einzuspannen, was durch eine Reise Edens nach Moskau angebahnt werden sollte. Wenn auch diese Reise nicht zustande kam, weil die Sowjetunion den Zeitpunkt noch nicht fuer gekommen ansah, um foermlich auf die Seite der Gegner Deutschlands zu treten, so war Moskau doch entschlossen, in engem Kontakt mit England vorzugehen, was durch die Reise des englischen Botschafters Cripps mit einem russischen Militaerflugzeug nach Ankara und durch Vermittlung des dortigen Sowjetbotschafters erreicht wurde. Das Ergebnis dieser Besprechung war die am 25. Maerz

H0833 - 0039

1941 veroeffentlichte Erklaerung in der die Sowjetunion unter Berufung auf den bestehenden Nichtangriffspakt der Tuerkei vollste Neutralitaet fuer den Fall etwaiger Konflikte zusicherte. Welches hierbei das Ziel der Sowjetregierung war, wurde von dem Korrespondenten der Associated Press in Ankara mit folgenden Worten gekennzeichnet:

"Durch Ausschaltung einer moeglichen russischen Gegenaktion fuer den Fall eines tuerkischen Kriegseintrittes an der Seite Englands arbeitet Moskau zum ersten Male offen und eindrucksvoll gegen die deutsche Diplomatie". Wenn die englische Kriegsausweitungsplaene damals an der realistischen Haltung der Tuerkei scheiterten, so aendert das nichts an der Tatsache, dass Russland den englischen Absichten Vorschub leistete. Die gleiche Politik verfolgte Moskau mit mehr Erfolg gegenueber Jugoslawien, als es die Belgrader Putschisten in voller Uebereinstimmung mit England zum Staatsstreich ermunterte und durch Abschluss des Freundschaftsvertrages in ihrem Kriegswillen bestaerkte. Seitdem haben sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und England auf politischem und militaerischem Gebiet immer enger gestaltet, wie namentlich aus den in letzter Zeit eingegangenen Nachrichten ueber die Reise des Botschafters Cripps nach London hervorgeht.

Schliesslich liegen noch urkundliche Beweise dafuer vor, dass auch Verhandlungen zwischen Moskau und Washington im Gange sind, die eine engere politische Verbindung zwischen diesen beiden Staaten zum Ziel haben. Ein vertrauliches Zirkularschreiben, das der Sowjetgesandte in Bukarest am 8. Juni an eine Reihe von ihm politisch nahestehenden Diplomaten gerichtet hat, bezeichnet ein solches Buendnis triumphierend als die groesste militaerische und wirtschaftliche Macht der Welt.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt.

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0833 - 0040

Ri.Exhibit Nr.285 a

A b s c h r i f t

aus Amerika und Deutschland 1936 - 1945 Praesident Roosevelt

Auszuege aus Reden und Dokumenten

11.September 1941

Die F r e i h e i t d e r M e e r e.

Ein deutsches Unterseeboot griff den amerikanischen Zerstoerer "Greer" an. Weitere Angriffe auf amerikanische Schiffe folgten. In einer Rundfunkrede am 11. September 1941 erklaerte Praesident Roosevelt, dass Amerika entschlossen sei, die Freiheit der Meere zu verteidigen.

.....

Wenn man eine Klapperschlange sieht, die sich aufrichtet, dann wartet man nicht bis sie auf einem zuschnellt, sondern man zerschmettert sie vorher.

.....

Lassen wir uns nicht auf Haarspalterein ein. Fragen wir einander nicht, ob die Nationen Amerikas ihre eigene Verteidigung nach dem fuenften oder zehnten oder zwangigsten Angriff in die Hand nehmen sollen.

Jetzt ist der Augenblick fuer aktive Verteidigung gekommen.

Sagen wir nicht: " Wir wollen uns nur dann verteidigen, wenn das Torpedo sein Ziel erreicht oder wenn Mannschaft und Passagiere ertrinken."

Jetzt ist der Augenblick da, Angriffe zu verhueten.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift.

Dr. Martin H o r n
Rechtsanwalt.

H0833 - 0041

Ri-Exhibit Nr.286

Rede Stalins am 19. August 1939, Dokumente der deutschen Politik
Band VIII 1. Seite 491

A b s c h r i f t

aus dem Voelkischen Beobachter vom 13. Juli 1941.

Nr. 3.

"Wenn die Sowjets einen Allianzvertrag mit Frankreich und Grossbritanien abschliessen, so wird sich Deutschland gezwungen sehen, vor Polen den Rueckzug anzutreten und mit den Westmaechten einen Modus vivendi zu suchen. Auf diese Weise koennte der Krieg vermieden werden, und die spaetere Entwicklung dieser Sachlage wuerde einen gefaehrlichen Charakter fuer uns bedeuten. Wenn wir andererseits den Vorschlag Deutschlands annehmen, so wird es sicher zum Kriege mit Polen kommen, und die Intervention Englands und Frankreichs wird unvermeidlich. Westeuropa wird einer tiefen Zerstoerung entgegengehen. Wir werden dann grosse Chancen haben, vom Konflikt fernzubleiben und wir koennen mit Vorteil unseren Zeitpunkt erwarten. Das ist es, was unser Interesse verlangt..... Die Diktatur der Kommunistischen Partei ist nur moeglich durch das Mittel eines grossen Krieges. Unsere Wahl ist daher klar. Wir muessen den deutschen Vorschlag annehmen, und die englisch-franzoesischen Missionen mit einer hoeflichen Ablehnung zurueckschicken." Zur Frage eines deutschen Sieges oder einen deutschen Niederlage erklaerte Stalin: "Eine deutsche Niederlage wuerde die unvermeidliche Sowjetisierung Deutschlands zur Folge haben und die Bildung einer kommunistischen Regierung, die eine schwere Gefahr darstellen wuerde, wenn dieses Ereignis nach einem Krieg von kurzer Dauer eintreten wuerde; denn England und Frankreich haetten dann noch genuegend Kraft, um Berlin zu besetzen und ein Sowjetdeutschland zu zerstoeren .... Unser Interesse ist also, dass Deutschland den Krieg so lange als moeglich fuehren kann, damit England und Frankreich sich erschoepfen. Daher ergibt sich unsere Position. Indem wir neutral bleiben, werden wir Deutschland wirtschaftlich helfen, aber es ist selbstverstaendlich, dass unsere Hilfe eine gewisse Grenze nicht ueberstaigen soll, damit wir unsere eigene Armee nicht schwaechen. Zu gleicher Zeit muessen wir aber eine aktive kommunistische Propaganda treiben. Zu diesem Zweck ist es notwendig, dass der Krieg so lange als moeglich dauert, und in dieser Hinsicht

H0833-0042

muessen wir alle Mittel anwenden, ueber die wir verfuegen. Wenn aber Deutschland den Sieg davontruege, so waere es anderswo zu sehr beschaeftigt, um sich gegen uns zu wenden. Wenn wir genuegend geschickt sind, um aus den Ereignissen Nutzen zu ziehen, so werden wir einem dann kommunistischen Frankreich zu Hilfe kommen koennen und es zu unserem Verbuendeten machen. Ebenso alle Voelker, die unter die deutsche Vormundschaft gefallen sind .

Abschliessend erklaerte Stalin:

1." Es ist in unserem Interesse, dass der Krieg zwischen Deutschland und dem englisch-franzoesischen Block ausbricht.

2. Es ist wesentlich fuer uns, dass dieser Krieg solange als moeglich dauert.

3. Wir muessen die kommunistische Arbeit in den kriegfuehrenden Laendern intensivieren, um gut vorbereitet zu sein, fuer den Moment, wo der Krieg zu Ende geht."

.....

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez.Unterschrift

Dr.Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0833-0043

Ri.Exhibit Nr, 287

A b s c h r i f t

Geheime Instruktion der Komintern fuer die Sektionschefs, ihre Stellvertreter u. die Generalsekretaere d.Kommun.Partei Frankr. aus. Voelkischer Beobachter vom 13. Juli 1941.

Die Einrichtung des Sowjetregimms in allen kapitalistischen Laendern durch die Weltrevolution verbleibt das einzige allgemeine Ziel der Aussenpolitik Spwjetrusslands. Der europaeische Krieg schafft allein die guenstigen Umstaende und Bedingungen zur Entfesselung der internationalen Revolution .. Wir haben unser Ziel erreicht, naemlich den Ausbruch des allgemeinen Kriegs, ohne dafuer die Verantwortung in den Augen der Welt zu tragen und ohne daran teilzunehmen. Wir werden den Deutschen waehrend des europaeischen Krieges so beistehen, dass sie lange widerstehen koennen, aber nicht soweit, um den Triumph der deutschen Waffen zu erlauben. Auf diese Weise werden wir die Entscheidung in den Haenden behalten."

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift

Dr.Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0833 - 0044

Ri-Exhibit Nr. 288

A b s c h r i f t

aus "Dokumente der deutschen Politik"
Band 8/I Seite Nr.402 bis 403.

Nr.4

Beuteschriftstueck aus Sowjetgesandtschaft in Belgrad nach dessen Besetzung.

(13.April 1941).

"Die UdSSR. wird erst im gegebenen Moment reagieren. Die Achsenmaechte haben ihre Streitkraefte weiter verzettelt, und deshalb wird die UdSSR. ploetzlich gegen Deutschland losschlagen."

.....

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez.Unterschrift

Dr.MartinHorn
Rechtsanwalt.

H0833-0045

Ri-Exhibit Nr. 289

A b s c h r i f t

aus "Dokumente der deutschen Politik"
Band 8 / I Seite Nr.406.

Nr.5

Bericht jugoslavischer Militaerattache in Moskau

vom 17. Dezember 1940.

"Nach Angaben aus Sowjetkreisen ist die Aufruestung der Luftwaffe, der Panzerwaffe, und der Artillerie auf Grund der Erfahrungen des gegenwaertigen Krieges in vollen Gange und wird in der Hauptsache bis zum August 1941 abgeschlossen sein. Dies ist wahrscheinlich auch die aeusserste (zeitliche) Grenze, bis zu der man keine fuehlbaren Veraenderungen in der sowjetischen Aussenpolitik zu erwarten braucht."

.....

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift.

Dr.Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0833 – 0046

Ri Exhibit Nr.291

A b s c h r i f t .

aus "Dokumente der deutschen Politik " Band 4 (S.166/167)

28. Vertrag zwischen der deutschen Reichsregierung und der Kaiserlich Japanischen Regierung ueber die gemeinsame Abwehr gegen die Kommunistische Internationale von 25. November 1936.

Die Regierung des Deutschen Reiches

und

die Kaiserliche Japanische Regierung

In der Erkenntnis, dass das Ziel der Kommunistischen Internationale, Komintern genannt, der Zersetzung und Vergewaltigung der bestehenden Staaten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ist,

In der Ueberzeugung, dass die Duldung einer Einmischung der Kommunistischen Internationale in die inneren Verhaeltnisse der Nationen nicht nur deren inneren Frieden und soziales Wohlleben gefaehrdet, sondern auch den Weltfrieden ueberhaupt bedroht,

Sind in dem Wunsche, gemeinsam zur Abwehr gegen die kommunistische Zersetzung zusammenzuarbeiten, in folgendem uebereingekommen:

Artikel I.

Die Hohen Vertragschliessenden Staaten kommen ueberein, sich gegenseitig ueber die Taetigkeit der Kommunistischen Internationale zu unterrichten, ueber die notwendigen Abwehrmassnahmen zu beraten und diese in enger Zusammenarbeit durchzufuehren.

Artikel II.

Die Hohen Vertragschliessenden Staaten werden dritte Staaten, deren innerer Friede durch die Zersetzungsarbeit der Kommunistischen Internationale bedroht wird, gemeinsam einladen, Abwehrmassnahmen im Geiste dieses Abkommens zu ergreifen oder an diesem Abkommen teilzunehmen.

H0833-0047

Artikel III.

Fuer dieses Abkommen gelten sowohl der deutsche wie auch der japanische Text als Urschrift. Es tirtt am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gilt fuer die Dauer von fuenf Jahren. Die Hohen Vertragschliessenden Staaten werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist ueber weitere Gestaltung ihrer Zusammenarbeit verstaendigen.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, von ihren betreffenden Regierungen gut und richtig bevollmaechtigt, dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegel versehen.

.....

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0833-0048

A b s c h r i f t

aus Dokumente der deutschen Politik Band IV Seite 168

Nr. 29 Erklaerung der Reichsregierung ueber den deutsch-japanischen Vertrag gegen die Komintern, im Rundfunk verlesen von Reichsminister Dr. Goebbels am 25. November 1936

.....

In diesem Abkommen wird mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass es sich dabei um ein defensives Vorgehen handeln soll. Denn nicht die beiden Hohen Vertragschliessenden Maechte haben die Kommunistische Internationale herausgefordert, sondern die Kommunistische Internationale hat durch eine ununterbrochene Folge von Provokationsakten, revolutionaeren Aufstandsversuchen anarchistische Umsturzbewegungen und gewissenlosen volkszerstoerenden Zersetzungstendenzen die ganze Welt auf das tiefste zu beunruhigen und in schwerste kaum noch uebersehbare Wirren zu stuerzen versucht.

Wenn sich die Regierung des Deutschen Reiches und die Kaiserlich Japanische Regierung gegen diese Versuche mit den ihnen geeignet erscheinenden Mittel zur Wehr setzt, so ist das nicht nur ihr gutes Recht, sondern ihre staatspolizeiliche und moralische Pflicht. Denn die umstuerzlerischen Tendenzen der Kommunistischen Internationale bedrohen auf das ernsteste die gesamte Kulturwelt und treiben mit den heiligsten Guetern der Voelker frevelhaftes Spiel. Ausdruecklich wird deshalb in dem heute abgeschlossenen Abkommen betont, dass es zur Wahrung des inneren Friedens, des sozialen Wohllebens, aber auch des Weltfriedens dienen soll.

Wenn im Artikel II die Hohen Vertragschliessenden Staaten, dritte Staaten, deren innerer Friede durch die Zersetzungsarbeit der Kommunistischen Internationale bedroht wird, gemeinsam einladen, Abwehrmassnahmen zu ergreifen oder an diesem Abkommen teilzunehmen, so wird damit in, dass dieses Abkommen sich gegen niemand richtet, sondern nur den einen Sinn und Zweck hat den Umsturzversuchen der Moskauer Internationale ein klares und unmissverstaendliches Halt entgegenzusetzen.

H0833 - 0049

.....

Seit der Machtuebernahme durch den Fuehrer hat das nationalsozialistische Deutsche Reich in breitester Front diesen Kampf der Nationalsozialistischen Bewegung zu seiner Sache gemacht. Beide, Bewegung und Reich, haben die akute Gefahr, in die die Kulturvoelker durch die Kommunistische Internationale hineingebracht werden sollen, in aller Klarheit erkannt und auch Entschlossenheit und Mut genug aufgebracht, sie ruecksichtslos und radikal aus Deutschland zu entfernen. Reich und Volk sind heute gegen den Bolschewismus gefeit.
Die Moskauer rote Internationale ihrerseits hat seit der Machtuebernahme durch den Fuehrer kein Mittel unversucht gelassen, die ihr durch den Sieg des Nationalsozialismus verloren gegangene Position in Deutschland mit anderen Mitteln zurueckzuerobern. .....

Deutschland hat diesen rohen Zerstoerungsabsichten einen unuebersteigbaren Wall entgegengesetzt. Die tiefstgehende praktische Auswirkung unseres konsequenten Kampfes gegen den Bolschewismus aber ist das heute zwischen Deutschland und Japan abgeschlossene Abkommen. Zwei Kulturstaaten setzen sich damit in aller Offenheit gegen die teuflischen Versuche der Kommunistische Internationale zur Wehr. Sie zeigen der Welt, wie diese Gefahr mit aller Klarheit und Festigkeit begegnet werden muss. Dieses Abkommen ist dazu bestimmt, einen wertvollen Beitrag zum Frieden der Welt zuzusteuern, der durch die gewissenlose kommunistisch-internationalen Treibereien auf das ernsteste bedroht ist. Es bringt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, dass die Hohen Vertragschliessenden Staaten nicht provozieren wollen, sich aber auch nicht mehr provozieren lassen. .

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

Ri. Exhibit Nr. 293

656

H0833 - 0050

A b s c h r i f t

aus: Dokumente der deutschen Politik, Band 5

(Seite 173)

Nr. 31

Protokoll ueber den Beitritt Italiens zum deutsch-japanischen Antikomintern-Abkommen vom 6. November 1937

- - -

Die Regierung des Deutschen Reiches,

Die Italienische Regierung und

Die Kaiserlich Japanische Regierung,

In der Erwaegung, dass die Kommunistische Internationale staendig die zivilisierte Welt im Westen und im Osten weiter gefaehrdet, ihren Frieden und ihre Ordnung stoert und vernichtet,

Ueberzeugt, dass nur eine enge Zusammenarbeit aller an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung interessierten Staaten diese Gefahr vermindern und beseitigen kann,

In der Erwaegung, dass Italien, das seit Beginn der Faschistischen Regierung diese Gefahr mit unbeugsamer Entschlossenheit bekaempfte und die Kommunistische Internationale in seinem Gebiet ausmerzte, entschieden hat, sich Seite an Seite mit Deutschland und Japan, die ihrerseits von dem gleichen Abwehrwillen gegen die Kommunistische Internationale beseelt sind, gegen den gemeinsamen Feind zu stellen,

Sind, in Uebereinstimmung mit Artikel II des Abkommens gegen die Kommunistische Internationale, das am 25. November 1936 zu Berlin zwischen Deutschland und Japan abgeschlossen wurde, wie folgt, uebereingekommen:

H0833-0051

Artikel I

Italien tritt dem als Anlage im Wortlaut beigefuegten Abkommen gegen die Kommunistische Internationale nebst Zusatzprotokoll, das am 25. November 1936 zwischen Deutschland und Japan abgeschlossen worden ist, bei.

Artikel II

Die drei das vorliegende Protokoll unterzeichnenden Maechte kommen ueberein, dass Italien als urspruenglicher Unterzeichner des im vorhergehenden Artikel erwaehnten Abkommens nebst Zusatzprotokoll gilt, wobei die Unterzeichnung des vorliegenden Protokolls gleichbedeutend ist mit der Unterzeichnung des Originaltextes des genannten Abkommens nebst Zusatzprotokoll.

Artikel III

Das vorliegende Protokoll gilt als integrierender Teil des obenerwaehnten Abkommens nebst Zusatzprotokoll.

.....

gez. Joachim von Ribbentrop

gez. Ciano

gez. N. Eotta.

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt.

gez. Unterschrift

Dr. Horn
Rechtsanwalt

Ri. Exhibit Nr. 294

A b s c h r i f t

aus "Dokumente der Deutschen Politik" Band 9 Teil X (S.351/352)

(Fussnote)

Vorgeschichte des Antikominternpaktes, Reichsaussenminister von Ribbentrop zu dem Vertreter der spanischen Nachrichtenagentur EFE im Dezember 1941.

.....Deutschland hat sich dann bemueht, auch England zum Beitritt zu diesem Ordnungsblock zu bewegen. Ich moechte Sie daran erinnern, dass nach meiner Ernennung zum Botschafter in London im Jahre 1936 ich beim ersten Betreten englischen Bodens es als eines der Ziele meiner Arbeit bezeichnete, England ueber die grosse Gefahr des Kommunismus aufzuklaeren. Die Salonbolschewisten von London, jene Vertreter der traurigsten politischen Erscheinung unserer Zeit, haben mir das niemals verziehen: Ein noch deutlicher Beweis dafuer, dass dem Fuehrer seinerzeit daran lag, auch das britische Imperium zur Teilnahme an der antibolschewistischen Front zu bewegen, ist der, dass er mich den damaligen deutschen Botschafter in London, beauftragte, die Formierung dieses Ordnungsblocks persoenlich in die Hand zu nehmen. Dies geschah durch die Unterzeichnung des Antikomintern - paktes mit Japan in Berlin im November 1936 und mit Italien im November 1937 in Rom. Als ich damals von Rom wieder nach London zurueckkam, fuehrte ich eine Aussprache ueber diese Frage mit dem englischen Aussenminister Mr. Eden herbei, um ihn von der Bedeutung dieses Zusammenschlusses fuer die gesamte Kulturwelt zu ueberzeugen. Als dann Mr. Eden mir bedeutete, dass man in England die Unterzeichnung des Antikominternpaktes durch den deutschen Botschafter in London mit Missvergnuegen betrachte, habe ich ihn eingehend ueber Zweck und Ziel dieser Politik und deren Bedeutung fuer die Abwehr einer inneren Zersetzung des Britischen Imperiums aufgeklaert. Ich wies ihn ferner darauf hin, dass dieser Pakt sich gegen niemand richte und dass der Beitritt zu denselben auch England offen stehe.

H0833-0052

Wie ich nach meinen Erfahrungen vom Jahre vorher nicht anders erwartet hatte, stiess ich aber auf Verstaendnislosigkeit und habe auch spaeter nie mehr etwas von der englischen Regierung ueber unsere Anregung gehoert. Man war eben in England mit Blindheit geschlagen und wollte nicht sehen."

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift

Dr. Martin H o r n

Rechtsanwalt

H0833-0053

A b s c h r i f t

aus:"Dokumente der Deutschen Politik"
Band 9, Teil I (S. 350/353).

45. Schlussansprache des Reichsaussenministers von Ribbentrop bei dem Staatsakt in der Neuen Reichskanzlei zu Berlin anlässlich der Verlängerung des Antikomintern-Abkommens v. 25. Nov. 41

Als vor fünf Jahren der Antikominternpakt abgeschlossen wurde, stand die Welt unter dem Eindruck der Versuche der Kommunistischen Internationale, nach ihren endgültigen Niederlagen in Deutschland und Italien in anderen Ländern Europas und Ostasiens festen Fuss zu fassen. Die Wühlarbeit der Komintern hatte sowohl in Spanien wie in China furchtbare Resultate gezeitigt.

Der Pakt ist damals aus der klaren Erkenntnis entstanden, dass auf die Dauer nur eine gemeinsame Abwehrfront aller gesunden Staaten der drohenden Weltgefahr Einhalt gebieten konnte. Ich habe daher beim Paktabschluss heute vor fünf Jahren der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die übrigen Kulturstaaten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen die Arbeit der Kommunistischen Internationale erkennen und sich diesem Abkommen anschliessen würden. Diese Hoffnung wurde nicht enttäuscht. Während schon bald nach Abschluss des ursprünglichen Vertrages drei weitere Staaten beitraten, ist dieser Kreis heute erneut um sieben andere Staaten erweitert worden.

Die gewaltigen Ereignisse dieses Jahres lassen die Gründe, die für den Zusammenschluss in diesem Pakt seinerzeit massgebend gewesen sind, noch in einem ganz anderen Lichte erscheinen, als ursprünglich vorauszusehen war. Erst in diesem Sommer sind der Welt die Augen darüber geöffnet worden, dass das bolschewistische Moskowitertum jederzeit entschlossen war, auch meine gesamten staatlichen Machtmittel für die Verfolgung seiner Ziele einzusetzen. .....

H0833-0054

..... Es bleibt jedoch immer noch eine bedeutsame Aufgabe der im Antikominternpakt verbundenen Regierungen dafür zu sorgen, dass die ..... Keimzellen des Bolschewismus endgültig beseitigt werden. .....

Diese Aufgabe ist um so wichtiger, als heute in völliger Verkennung der auch für sie damit verbundenen Gefahren und aus purem Egoismus und Opportunismus die westlichen Demokratien mit dem Bolschewismus gemeinsame Sache gemacht haben und dadurch zum Helfershelfer der Kommunistischen Internationale geworden sind. .....

Die Richtigkeit der Abschrfft bestätigt:

gez. Unterschrift.
Dr. Horn,
Rechtsanwalt.

H0833-0055

Ri. Exhibit Nr. 296

A b s c h r i f t

aus: Dokumente der deutschen Politik, Band 4

Auszug aus: 8. Rede des Führers und Reichskanzlers im Deutschen Reichstag zu Berlin über die Wiederherstellung der Souveränität des Deutschen Reiches über das Rheinland und seinen Plan des europäischen Friedens vom 7. März 1936.

Seite 1o4

..... dass die ganze Welt in diese Zeit andauernder Spannungen und fortdauernder Krisen fiel, ist zurückzuführen auf die geringe Vernunft und Einsicht, mit der die Probleme der Völker im einzelnen und untereinander gesehen und behandelt werden.

Diese Entwicklung aber nahm ihren Ausgang von jenem unseligen Vertrag, der einst als ein Werk menschlicher Kurzsichtigkeit und unvernünftiger Leidenschaften in der Geschichte als Musterbeispiel gelten wird, wie man Kriege nicht beenden darf, wenn man nicht neue Wirrnisse über die Völker zu bringen beabsichtigt.

.....

Aus der geistigen Atmosphäre dieses Vertrages heraus kam auch die kurzsichtige Behandlung zahlreicher politischer und ökonomischer Fragen der Welt. Völkergrenzen wurden gezogen, nicht nach den klaren Notwendigkeiten des Lebens und der Berücksichtigung gegebener Traditionen, sondern beherrscht von dem Gedanken der Rachsucht und der Vergeltung und damit wieder begleitet von den Gefühlen der Angst und der Befürchtungen gegenüber der sich daraus möglicherweise erhebenden Revanche.

.....

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift
Dr. H o r n
Rechtsanwalt.

H0833-0056

Ri. Exhibit Nr. 298

A b s c h r i f t

aus: Dokumente der deutschen Politik, Band 8, I

Seite 317
Fussnote zu:

Nr. 45 Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan vom 27. September 1940

Reichsaussenminister von Ribbentrop gab in Gegenwart des Führers, nachdem er diesem von der Unterzeichnung Meldung erstattet hatte, folgende Erklärung ab:

"Seit der nationalen und sozialistischen Revolution im Jahre 1933 war es das Ziel der Deutschen Reichsregierung, auf dem Wege und durch die Mittel friedlicher Vereinbarungen jene Revisionen durchzuführen, die nicht nur die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages beseitigen, sondern einem neuen und dauerhaften Zusammenleben der europäischen Völker dienen konnten. Das deutsche Volk hatte ein Recht, so wie die anderen grossen Nationen am Genuss der Güter dieser Erde teilzunehmen und diese besonders - insoweit sie sein einstiges Eigentum waren - auch selbst zu verwalten. Der Kampf der Völker nach einer inneren sozialen Gerechtigkeit und damit nach einem Ausgleich der Lebensbedingungen und Möglichkeiten der einzelnen Individuen fordert eine gleiche Ordnung in den Beziehungen der Völker zueinander.

Dieses Streben des deutschen Volkes nach einem freien Auswirken in dem ihm nach der geographischen Situation, der historischen Vergangenheit und seiner nationalen Grösse sowie den wirtschaftlichen Gegebenheiten nach zukommendem Lebensraum war kein Einbruch in fremde Lebensinteressen, sondern entsprach im Gegenteil nur einer ausserordentlichen Selbstbeschränkung.

H0833-0057

Die nationalsozialistische Regierung war aber entschlossen, in einer Zeit, in der andere kleinere Völker schon seit Jahrhunderten ganze Weltteile für sich beanspruchen zu können glaubten, das Daseinsrecht des deutschen Volkes in dem ihm zustehenden Lebensraum unter allen Umständen sicherzustellen. Sie traf sich dabei mit den Bemühungen anderer Nationen, an denen ähnlich - wie beim deutschen - versucht worden war, ihre Lebensmöglichkeiten zu beschränken sowie das Recht auf eigene Lebensräume zu bestreiten.

Nachdem es in jahrelanger Arbeit schon gelungen war, durch friedliche Vereinbarungen einen grossen Teil des Deutschland angetanen Unrechts zu beseitigen, vermochten es endlich die organisierten Kriegshetzer der jüdisch-kapitalistischen Demokration, Europa in einen neuen, von Deutschland nicht gewollten Kampf zu stürzen. Damit aber wird nicht die Revision der unhaltbar gewordenen europäischen Zustände verhindert, sondern nur beschleunigt. Ein unhaltbar gewordener Status dieser Welt bricht unter den militärischen Schlägen der angegriffenen Völker zusammen. Grosse Nationen, denen bisher die Teilnahme als gleichberechtigte Glieder der menschlichen Gesellschaft am Genuss der Güter dieser Erde verweigert worden war, werden auf Grund des höchsten aller irdischen Rechte ihre endgültige Gleichberechtigung erkämpfen. Dieser Kampf richtet sich aber nicht gegen andere Völker, sondern gegen die Existenz einer internationalen Verschwörung, die es schon einmal fertig gebracht hat, die Erde in einen blutigen Krieg zu stürzen.

Der Dreimächepakt, den ich soeben im Auftrag des Führers mit den Bevollmächtigten Italiens und Japans unterzeichnet habe, ist die feierliche Proklamation des Zusammenschlusses Deutsch-

H0833-0058

lands, Italiens und Japans zu einem Block höchster gemeinsamer Interessenvertretung inmitten einer sich neugestaltenden Welt. Er hat die Aufgabe, die Neuordnung der sich im Krieg befindlichen Teile Europas unter der gemeinsamen Führung Deutschlands und Italiens sowie die Neuordnung im grossasiatischen Raum unter der Führung Japans sicherzustellen. Seine Grundlage ruht nicht nur in der Freundschaft, sondern vor allem in der Interessengemeinschaft der drei jungen aufstrebenden, den gleichen sozialen Zielen dienenden Völker.

Dieser Pakt ist daher gegen kein anderes Volk, sondern ausschliesslich gegen jene Kriegshetzer und unverantwortlichen Elemente in einer übrigen Welt gerichtet, die eine weitere Verlängerung oder Ausweitung des Krieges entgegen den wahren Interessen aller Völker anstreben.

Mit dieser Zielrichtung des Paktes haben die drei Mächte daher sowohl bei ihren Verhandlungen wie auch in dem Pakte selbst zu ihrer grossen Befriedigung feststellen können, dass diese ihre neuen Abmachungen die entweder schon bestehenden oder sich noch anbahnenden Beziehungen zwischen ihnen und Sowjetrussland in keiner Weise berühren.

Der unterzeichnete Pakt ist ein Militärbündnis zwischen drei der mächtigsten Staaten der Erde. Er soll der Herbeiführung einer gerechten Ordnung sowohl in der europäischen Sphäre als auch im grossasiatischen Raume dienen.

Er soll vor allem aber mithelfen, der Welt so schnell wie möglich wieder den Frieden zu schenken. Jeder Staat, der diesem Block daher selbst mit den Absichten, zur Wiederherstellung friedlicher Beziehungen der Völker beizutragen, gegenübertritt, wird aufrichtig und dankbar begrüsst und zur Mitarbeit bei der politischen und wirtschaftlichen Neugestaltung eingeladen werden.

H0833-0059

H0833-0060

ihnen von jenen gewaltigen Reichen verweigert, die unter Monopolisierung der Hilfsquellen der Welt beabsichtigen, diese fuer die elementarsten Lebensbeduerfnisse zu sperren, die gebieterisch auf uns lasteten.

Die Solidaritaet, die sich in diesen Jahren zwischen Italien und Japan herausgebildet hat und die heute unsere drei Laender in einem Buendnis vereinigt, nimmt ihren Ursprung und ihre Kraft aus dem Kampf, den wir so wie bisher auch weiterhin fuehren muessen. Sie ist nicht die Wirkung einer vorlaeufigen diplomatischen Berechnung, sondern der Ausdruck einer geschichtlichen Lage, und sie findet in dieser Lage ihre Gruende und ihre Ziele, und zwar Gruende und Ziele, die, indem sie den innersten Beduerfnissen der drei Voelker entsprechen, ihrem Buendnis das Gepraege einer unaufloeslichen Verbundenheit der Geister, der Kraefte und Absichten geben.

Die Bestimmungen des Vertrages, den wir heute geschlossen haben, sind eindeutig in ihrer Einfachheit und Klarheit. Deutschland und Italien erkennen an und achten die fuehrende Rolle Japans bei der Schaffung einer Neuordnung in dem groesseren Ostasien, ebenso wie Japan die fuehrende Rolle Italiens und Deutschlands bei der Schaffung einer Neuordnung in Europa anerkennt und achtet. Die drei Maechte wollen niemand herausfordern oder bedrohen. Das Buendnis, das der heutige Vertrag bestaetigt, um jede unnoetige Ausdehnung des Konfliktes zu verhindern, und der Block, der die Folge der Vereinigung der militaerischen und zivilen Kraefte der drei Reiche ist, stellen einen gewaltigen Schutzwall dar, an dem jedweder Versuch, den Brand weiter um sich greifen zu lassen, scheitern wird.

H0833-0061

Jeder Staat aber, der die Absicht haben sollte, sich in die Endphase der Loesung dieser Probleme in Europa oder in Ostasien einzumischen und einen Staat dieses Dreimaechtspaktes anzugreifen, wird sich mit der gesamten zusammengeballten Kraft der Voelker von ueber 250 Millionen auseinanderzusetzen haben.

Damit wird dieser Pakt in jedem Falle der Wiederherstellung des Weltfriedens dienlich sein.

. . . . . .

Der italienische Aussenminister Graf Ciano gab folgende Erklaerung ab:

"Der Vertrag, der heute Italien, Deutschland und Japan verbindet, besiegelt und bekraeftigt in der feierlichen Verpflichtung einer politischen, wirtschaftlichen und militaerischen Zusammenarbeit die Gemeinsamkeit der Interessen und Ziele, die in diesen Jahren, in denen die neue Geschichte der Welt geschmiedet wurde, zwischen den drei Laendern bestanden hat.
Italien, Deutschland und Japan sind die Traeger dieser Entwicklung gewesen, haben ihre aktiven und schaffenden Kraefte vertreten und es verstanden, ihren ruhmreichen Ueberlieferungen in Krieg und Frieden jene Tugenden und Energien zu entnehmen, mit denen sie die Formen einer neuen Kultur bei sich selbst geschaffen haben, wie sie es jetzt in der Welt tun.

Bei diesem grossartigen Erneuerungswerk sind unsere drei Voelker staendig auf die gleichen hartnaeckigen und dunklen Widerstaende, das gleiche Nichtverstehenwollen und die gleiche Feindseligkeit gestossen. Sie mussten alle drei atmen koennen, um zu leben, brauchten Arbeit fuer ihre Soehne und Raum fuer ihre Voelker. Dieser Aten, dieser Raum und diese Arbeit wurden

H0833-0062

Aber die Tragweite und Wirksamkeit des Vertrages gehen ueber die gegenwaertige Lage hinaus. Es handlet sich um eine staendige Solidaritaet, ueber die sich die drei Voelker heute geeinigt haben, eine Solidaritaet, die nicht nur in der Gegenwart besteht, sondern deren schoepferische Kraft sich auch auf die Zukunft auswirkt.

Wir kaempfen heute fuer die Schaffung der Grundlagen und Voraussetzungen einer Neuordnung, die das Gedeihen und das Wohl der Voelker foerdern und gewaehrleisten soll. Der Endsieg, den wir mit unbeugsamer Entschlossenheit erstreben und der unter der Leitung der grossen Fuehrer unserer Voelker mit Sicherheit errungen werden wird, ist fuer alle Voelker der Erde die sicherste Buergschaft fuer eine Zukunft der Gerechtigkeit und des Friedens."

Der japanische Botschafter in Berlin Saburo Kurusu gab folgende Erklaerung ab:

"Es freut mich von Herzen, dass heute der welthistorisch wahrhaft bedeutungsvolle Dreimaechtepakt mit unseren befreundeten Nationen Deutschland und Italien unterzeichnet worden ist. Angesichts des Umstands, dass unsere drei Nationen in ihrer Tradition und in ihrem Volkscharakter manche verwandte und gemeinsame Zuege aufweisen und gleichzeitig ein jeder von uns sich in Gross-Ostasien und in Europa gegenwaertig fuer den Aufbau der neuen Ordnung einsetzt, hat sich unter uns bereits ein gegenseitiges tiefes Verstaendnis und Mitgefuehl herausgebildet, und wir sind durch das feste Band der Freundschaft aneinander gebunden.

Dass diese Freundschaft nun feste Gestalt annimmt und zum

H0833-0063

Zustandekommen des Dreimaechtepaktes fuehrt, dass diese Nationen mit gemeinsamen Zielen ihre Kraft vereinigen und sich entschlossen haben, fuer ihr Ideal verwaertszuschreiten, das ist ein wahrhaft epochales und grosses Ereignis, daher moechte ich hiermit in Vertretung der Kaiserlich Japanischen Regierung die Glueckwuensche fuer die hoffnungsvolle Zukunft der Zusammenarbeit unserer drei Laender darbringen.

Das endgueltige Ziel dieses Paktes besteht in der Aufrichtung des allgemeinen und dauerhaften Weltfriedens, der die Gerechtigkeit zum Kern hat. Deshalb ist es selbstverstaendlich, dass wir denjenigen Laendern, die mit uns dieselbe Einstellung haben und die gleichen Anstrengungen machen, unsere Mitarbeit nicht versagen, darueber hinaus uebt dieser Pakt auch keinen Einfluss auf die gegenwaertig zwischen Japan, Deutschland und Italien einerseits, der Sowjetunion andererseits bestehende politische Lage aus.

Der ritterliche Geist des japanischen Bushido (sittliche Lebensregeln des japanischen Ritters) ist urspruenglich durch das Schwert versinnbildlicht, jedoch besteht der Grundsatz der guten Fuehrung des Schwerts nicht etwa darin, die Menschen mit dem Schwert in unverantwortlicher Weise zu toeten, sondern die Menschen damit zu schuetzen.

Es draengt mich, der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass dieser Pakt in den Haenden der Vorkaempfer fuer die Gerechtigkeit in den drei Laendern Japan, Deutschland und Italien zum Schwert in der Hand des wahren Fechters wird und damit zum Wiederaufbau des Weltfriedens beitraegt."

Die Richtigkeit der Abschrift
vestaetigt:

Dr. H o r n
Rechtsanwalt.

H0833-0064

Ri.Exhibit Nr. 299/1

A b s c h r i f t

aus Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges
Erste Folge

(Auswaertiges Amt 194o, Nr. 3)

---

6. Bericht des Polnischen Botschafters in Washington, Grafen Jerzy Ptocki , an den Polnischen Aussenminister in Warschau vom 12. Januar 1939

(Deutsche Uebersetzung des vorstehenden Faksimile)

Botschaft
der Republik Polen
in Washington

Washington, den 12. Januar 3

Nr. 3/SZ - tjn - 3

Geheim

Betr.: Innerpolitische Lage in USA
(Die Stimmung gegen Deutschland, Judenfrage)

An den
Herrn A u s s e n m i n i s t e r
in Warschau

Die Stimmung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrscht, zeichnet sich durch einen immer zunehmenden Hass gegen den Faschismus aus, besonders gegen die Person des Kanzlers Hitler und ueberhaupt gegen alles, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhaengt. Die Propaganda ist vor allem in juedischen Haenden, ihnen gehoert fast zu loo Prozent das Radio, der Film, die Presse und Zeitschriften. Obgleich diese Propaganda sehr grob gehandhabt wird und Deutschland so schlecht wie moeglich hinstellt - man nutzt vor allem die religioesen Verfolgungen und die Konzentrationslager aus - , wirkt sie doch so gruendlich,

da das hiesige Publikum vollstaendig unwissend ist und keine Ahnung hat von der Lage in Europa. Augenblicklich halten die meisten Amerikaner den Kanzler Hitler und den Nationalsozialismus fuer das groesste Uebel und die groesste Gefahr, die ueber der Welt schwebt.

Die Lage hierzulande bildet ein ausgezeichnetes Forum fuer alle Art Redner und fuer die Emigranten aus Deutschland und der Tschechoslowakei, die an Worten nicht sparen, um durch die verschiedensten Verleumdungen das hiesige Publikum aufzuhetzen.
Sie preisen die amerikanische Freiheit an, im Gegensatz zu den totalen Staaten. Es ist sehr interessant, dass in dieser sehr gut durchdachten Kampagne, die hauptsaechlich gegen den Nationalsozialismus gefuehrt wird, Sowjetrussland fast ganz ausgeschaltet ist. Wenn es ueberhaupt erwaehnt wird, so tut man es in freundlicher Weise und stellt die Dinge so dar, als ob Sowjetrussland mit dem Block der demokratischen Staaten zusammenginge. Dank einer geschickten Propaganda ist die Sympathie des amerikanischen Publikums ganz auf seiten des Roten Spaniens.

Ausser dieser Propaganda wird auch noch kuenstlich eine Kriegspsychose geschaffen. Es wird dem amerikanischen Volk eingeredet, dass der Frieden in Europa nur noch an einem Faden haengt, ein Krieg sei unvermeidlich. Dabei wird dem amerikanischen Volke unzweideutig klargemacht, dass Amerika im Falle eines Weltkreiges auch aktiv vorgehen muesste, um die Losungen von Freiheit und Demokratie in der Welt zu verteidigen.

Der Praesident Roosevelt war der erste, der den Hass zum Faschismus zum Ausdruck brachte. Er verfolgte dabei einen doppelten Zweck. 1. Er wollte die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von den innerpolitischen Problemen ablenken, vor allem vom Problem des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. 2. Durch die Schaffung einer Kriegsstimmung und die Geruechte

H0833-0065

einer Europa drohenden Gefahr wollte er das amerikanische Volk dazu veranlassen, das enorme Aufruestungsprogramm Amerikas anzunehmen, denn es geht ueber die Verteidigungsbeduerfnisse der Vereinigten Staaten hinaus.

Zu dem ersten Punkt muss man sagen, dass die innere Lage auf dem Arbeitsmarkt sich dauernd verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen betraegt heute schon 12 Millionen. Die Ausgaben der Reichs- und Staatsverwaltung nehmen taeglich groessere Ausmasse an. Nur die grossen Milliardensummen, die der Staatsschatz fuer die Notstandsarbeiten ausgibt, erhalten noch eine gewisse Ruhe im Lande. Bisher kam es nur zu den ueblichen Streiks und lokalen Unruhen. Wie lange aber diese Art staatliche Beihilfe durchgehalten werden kann, kann man heute nicht sagen. Die Aufregung und Empoerung der oeffentlichen Meinung und die schweren Konflikte zwischen den Privatunternehmungen und enormen Trusts einerseits und der Arbeiterschaft andererseits haben Roosevelt viele Feinde geschaffen und bringen ihm viele schlaflose Naechte.

Zum zweiten Punkt kann ich nur sagen, dass der Praesident Roosevelt als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums sehr bald von der innerpolitischen Lage abgelenkt hat, um es fuer die Aussenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach, man musste nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler ueber der Welt haengt, andererseits musste man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Muenchner Pakt ist dem Praesidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin. Wie man hier zu sagen pflegt, hat Hitler Chamberlain die Pistole auf die Brust gesetzt. Frankreich und England hatten

H0833-0066

also gar keine Wahl und mussten einen schaendlichen Frieden schliessen.

Ferner ist das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Hass immer neu schueren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsoziallismus zusammenhanengt. An dieser Aktion haben die einzelnen juedischen Intellektuellen teilgenommen, z.B. Bernard Baruch, der Gouverneur des Staates New York, Lehmann, der neuernannte Richter des Obersten Gerichts Felix Frankfurter, der Schatzsekretaer Morgenthau und andere, die mit dem Praesidenten Roosevelt persoenlich befreundet sind. Sie wollen, dass der Praesident zum Vorkaempfer der Menschenrechte wird, der Religions- und Wortfreiheit, und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen. Diese Gruppe von Leuten, die die hoechsten Stellungen in der amerikanischen Regierung einnehmen und die sich zu den Vertretern des " wahren Amerikanismus " und als " Verteidiger der Demokratie " hinstellen moechten, sind im Grunde doch durch unzerreissbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden. Fuer diese juedische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge hat, war das Herausstellen des Praesidenten der Vereinigten Staaten auf diesen " idealsten " Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein genialer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefaehrlichen Herd fuer Hass und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei feindliche Lager geteilt. Roosevel sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Aussenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Wege zugleich die kolossalen militaerischen Vorraete zu schaffen fuer den kuenftigen Krieg, dem die Juden mit vollem Bewusstsein zustreben.

H0833-0067

Innerpolitisch ist es sehr bequem, die Aufmerksamkeit des Publikums von dem in Amerika immer zunehmenden Antisemitismus abzulenken, indem man von der Notwendigkeit spricht, Glauben und individuelle Freiheit vor den Angriffen des Faschismus zu verteidigen.

Jerzy Potocki
der Botschafter der Republik Polen

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt :

gez. Unterschrift

Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0833-0068

H0833-0069

Ri. Exhibit Nr. 300

A b s c h r i f t

(Seite 12)

Präsident Roosevelt

5. Oktober 1937

D i e " Q u a r a n t a e n e " - R e d e

(Auszug)

..... Wenn wir in einer Welt leben wollen, in der wir frei atmen können, in einer Welt der Freundschaft, frei von Furcht, dann müssen die friedliebenden Nationen gemeinsam alle ihre Kräfte anspannen, um dem Recht und dem Gesetz, auf denen allein der Friede sicher ruhen kann, Geltung zu verschaffen. Gemeinsam und in gegenseitigen Einverständnis müssen die friedliebenden Nationen der Verletzung von Verträgen und der Missachtung menschlicher Gefühle entgegentreten, die heute einen Zustand internationaler Anarchie und Unsicherheit geschaffen haben, dem kein Land dadurch entrinnen kann, dass es sich isoliert oder neutral verhält.

.....

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0833-0070

Ri.Exhibit Nr. 301

A b s c h r i f t

aus"Dokumente der deutschen Politik"

Band 7 Teil 1 (S. 70)

III. Deutschlands Kampf für den Frieden und gegen die Einkreisung.

3. Deutsche Friedenspolitik und englische Einkreisungspolitik (April bis Juli 1939).

..... Nunmehr mischten sich auch führende amerikanische Politiker in die innerdeutschen Angelegenheiten ein. In diesem Zusammenhang rief Staatspräsident Roosevelt Mitte November 1938 den amerikanischen Botschafter in Berlin Hugh Robert Wilson zur Berichterstattung zurück und erklärte dazu am 29. November, dass die Vereinigten Staaten die normalen diplomatischen Beziehungen zu Deutschland vorläufig nicht wieder aufnehmen würden. Ferner griff am 18. Dezember der amerikanische Innenminister Harold L.Ickes in einer Rede vor der Zionistischen Gesellschaft in Cleveland das Deutsche Reich und seine Führung in unqualifizierter Weise an; auf den scharfen Protest hin, den der deutsche Geschäftsträger Thomsen in Washington am 21. erhob, deckte sogar der Unterstaatssekretär Sumner Welles diese Ausfälle, indem er diese Äusserungen als "die übereinstimmende Ansicht des überwiegenden Teils des amerikanischen Volkes" bezeichnete. Bereits am nächsten Tag, am 22. Dezember, gab der Vorsitzende des Senats-Aussenausschusses Senator Key Pittmann, "in privater Eigenschaft und im Interesse des Volkes" eine Erklärung ab, nach der "das USA-Volk die Regierung Deutschlands nicht schätzt". "Das USA-Volk", so führte er weiter aus, "hat das Recht und die Macht, die Sittlichkeit und Gerechtigkeit in Übereinstimmung mit den Friedensverträgen zu erzwingen, und wird dies tun. Unsere Regierung braucht und wird keine militärische Gewalt anwenden, falls es nicht notwendig ist." .....

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift
Dr.Martin Horn
Rechtsanwalt

H0833-0071

Ri.Exhibit Nr. 299/2

A b s c h r i f t

aus: Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges
erste Folge

(Auswärtiges Amt 1940, Nr. 3)

---

2. Schreiben des Polnischen Generalstabes (Abteilung II) in Warschau an das Ministerium des Auswärtigen in Warschau

(Deutsche Übersetzung des vorstehenden Fasimile)

Generalstab Abteilung II
L. 17731/II. S.O. Warschau, den 8. VIII. 1938

Beurteilung der internationalen Lage von Portugal aus gesehen

Geheim!

Ministerium des Auswärtigen
Politisches Departement

hier

Ich übersende dem Herrn Direktor eine Abschrift des Berichts unseres Militärattachés in Lissabon zur Kenntnisnahme und bitte um eine Weisung für mein Verhalten zu den in dem Bericht dargelegten Ansichten der ausländischen Offiziere.

1 Anlage

Der Chef der Sektion IV der Abteilung II des Generalstabs

Banach, Dipl.Oberstleutnant

Beurteilung der internationalen Lage von Portugal aus gesehen

Seite 5 Abs.1 Die in Portugal tätige englische Militärmission beschäftigte sich im Augenblick damit die militärische Zusammenarbeit zwischen Portugal und England in ihren allgemeinen Linien festzulegen.

H0833-0072

Seite 5 Abs.6 Oberstleutnant Chamberlain, ein Mitglied der englischen Militärmission, sprach von der Gefahr eines europäischen Krieges. ..... Er erklärte, dass sich unter den gegenwärtigen Umständen ein Krieg in Zukunft nicht werde vermeidn lassen. Es sei besser, schon jetzt anzufangen, wo der bevorstehende Krieg weniger Gefahren birgt. Augenblicklich kann England auf eine enge Zusammenarbeit mit Amerika rechnen.

Ich stellte Chamberlain die Frage, ob England in diesem Falle beabsichtige, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, Er antwortete mir darauf, dass dem nicht so sei, denn man halte folgende Form englischer Hilfe für die am meisten zweckentsprechende:

die Teilnahme der Marine und Luftflotte sowie der Panzerwaffe,

die Teilnahme der Wirtschaft und Industrie.

Natürlich kann sich die Form dieser Hilfe im Verlauf der Kriegsereignisse noch bis zu einer allgemeinen Mobilisation ausweiten.

Oberst Daly von der englischen Militärmission .....

Seite6 Abs.5 sprach sich ähnlich wie Chamberlain aus, er unterstrich sehr nachdrücklich die schon jetzt erreichten Ergebnisse der Zusammenarbeit Englands mit den Vereinigten Staaten. Über die allgemeine Wehrpflicht sagte er, dass England durch seine militärische Vorbereitung, Schiessausbildung und Formung starker Freiwilligen-Verbände für die Verteidigung gegen Luftangriffe, durch Transport- und Sanitätsdienst sich die Voraussetzungen zu einer sehr grossen Erweiterung seiner Armee schaffe. In grossem Stile organisiert England strategische Reserven in seinen Kolonien, vor allem in Indien, und bildet diese dort aus. Seit zwei Jahren werden auch Schulen für die Stäbe de

H0833-0073

Kaders zur Führung des künftigen Kri ges vorbereitet.

Seite 6 Abs.7 Der Kommandeur Gade, der amerikanische Marineattaché, sag' mir sein rseit: "Den Ideen nach stehen wir vollkommen auf Seite der Demokratien. Augenblicklich studiert man in Amerika die Möglichkeiten für eine schnelle Hilfeleistung für England und Frankreich, man ist zur Überzeugung gekommen, dass die Hilfe nicht wie im Weltkriege erst nach einem Jahr einsetzen soll, als die ersten amerikanischen Soldaten aktiv eingriffen, sondern im Laufe von 7 bis 10 Tagen nach dem Beginn des Krieges sollen 1000 Flugzeuge geschickt werden.

Seite 6 Abs.9 Der Kommandeur Gade ist ein Vertrauensmann und ein persönlicher Freund von Roosevelt. Er besitzt sehr enge Beziehungen nach Belgien und erfreut sich der Freundschaft des belgisc Königs, Deutschland steht er sehr unfreundlich gegenüber. ....

Aus den Unterredungen mit Chamberlain, Daly und Gade fühlte ich die stille Gewissheit enger Zusammenarbeit im Falle eines Konfliktes heraus.

Seite 6 Abs.12 Während der Anwesenheit der französichen Flotte hier bat mich der Kommandeur Darrieux, der stellvertretende Chef der Atlantic-Flotte .... persönlich auf das Admiralschiff.

Bei der Unterredung äusserte sich der Kommandeur Darrieux ziemlich ruhig über die Möglichkeit eines künftigen Konfliktes. Vor allem betonte er, dass in Frankreich die Rechtskreise und die Rechtspresse unnötigerweise Furcht haben und die Lage nich richtig einschätzen. Für den grössten Fehler hält er den Pazifismus der Demokratien, denn dadurch kann man den Krieg nicht als erster anfangen. Auf diese Weise gibt man dem Gegner den wertvollsten Trumpf, den der Überraschung, in die Hand.

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

gez. Unterschrift

Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0833-0074

Ri.Exhibit Nr. 299/3

A b s c h r i f t

aus: Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges
Erste Folge
(Auswärtiges Amt 1940, Nr.3)

4. Bericht des Polnischen Botschafters in Washington, Grafen Jerzy Potocki, an den Polnischen Aussenminister in Warschau von 21.November 1938
(Deutsche Übersetzung des vorstehenden Faxsimile)

Botschaft
der Rpublick Polen
in Washington

Washington, den 21.11.1938

Betr.: Unterredung mit Botschafter Bullitt

An den

Herrn A u s s e n m i n i s t e r

in Warschau

Vorgestern hatte ich eine längere Unterredung mit dem Botschafter Bullitt, der hier in Urlaub ist.

Seite 8, Abs.3

Da Bullitt den Präsidenten Roosevelt über die internationale Situation in Europa ständig informiert, und vor allem über Russland, werden seine Mitteilungen vom Präsidenten Roosevelt und dem Staatsdepartement mit grosser Aufmerksamkeit aufgenommen ... .

Bullitt zeigt e in seiner Unterhaltung im allgemeinen einen grossen Pessimismus. Er sprach davon, dass das Frühjahr 1939 zweifellos wiederum sehr aufregend sein wird, verstärkt noch durch das ständige Aufblitzen der Kriegsmöglichkeiten und der Drohungen von seiten Deutschlands swie. der Gefahr der ungeklärten Verhältnisse in Europa. Er stimmte mit mir überein, dass der Schwerpunkt der europäischen Frage sich von

H0833-0075

Westen nach dem Osten verschoben habe, da die Kapitulation der demokratischen Staaten in München ihre Schwäche gegenüber dem Deutschen Reich offenbart hat.

Seite 8, Abs.7 Über Deutschland und den Kanzler Hitler äusserte er sich mit grösster Vehemenz und mit starken Hass. Er sprach davon, dass nur Gewalt, schliesslich ein Krieg der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen kann.

Auf meine Frage, wie er sich diesen kommenden Krieg vorstelle, erwiderte er, dass vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müssten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können.

Dann erst, wenn der Augenblick reif ist (sprach Bullitt weiter), wird man zu der letzten Entscheidung schreiten können. Ich fragte ihn, in welcher Weise die Auseinandersetzung erfolgen könne, da Deutschland vermutlich nicht England und Frankreich als erster angreifen werde. Ich sehe einfach nicht den anhakenden Punkt in dieser ganzen Kombination.

Bullitt erwiderte, dass die demokratischen Staaten absolut noch zwei Jahre bis zur vollständigen Aufrüstung brauchten. In der Zwischenzeit würde Deutschland vermutlich mit seiner Expansion in östlicher Richtung vorwärtsschreiten. Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, dass es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Russland komme. Da das Kräfte-Potential der Sowjetunion bisher nicht bekannt sei, könne es sein, dass sich Deutschland zu weit von seiner Basis entferne und zu einem langen und schwächenden Krieg verurteilt werde. Dann erst würden die demokratischen Staaten, wie Bullitt meint, Deutschland attackieren und es zu einer Kapitulation zwingen.

H0833-0076

Auf meine Frage, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Kriege teilnehmen würden, antwortete er: "Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen!" Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist, wie er sagte, gegenüber dem Nazismus und Hitlerismus so gespannt, dass schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917.

.....

Jerzy Potocki
Botschafter der Polnischen Republick

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:
gez.Unterschrift
Dr.Horn
Rechtsanwalt

H0833-0077

Ri.Exhibit Nr.299/4

A b s c h r i f t

aus: Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges
Erste Folge
(Auswärtiges Amt 1940, Nr.3)

7. Bericht des Polnischen Botschafters in Washington, Grafen Jerzy Potocki, an den Polnischen Aussenminister in Warschau vom 16.Januar 1939
(Deutsche Übersetzung des vorstehenden Faksimile)

Botschaft
der Republick Polen
in Washington

16.Januar 1939
Geheim!

3/SZ - tjn = 4
Betr.:Unterredung mit dem Botschafter Bullitt

An den
Herrn A u s s e n m i n i s t e r
in Warschau.

Vorgestern hatte ich eine längere Unterhaltung mit dem Botschafter Bullitt in der Botschaft, wo er mich besuchte. B. reist am 21.d.Mts. nach Paris, nachdem er fast drei Monate abwesend war. Er fährt mit einem ganzen "Koffer" voll Instruktionen, Unterredungen und Direktiven vom Präsidenten Roosevelt vom Staatsdepartement und von den Senatoren, die zu der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten gehören.

Aus der Unterhaltung mit Bullitt hatte ich den Eindruck, dass er vóm Präsidenten Roosevelt eine ganz genaue Definition des Standpunktes erhalten hat, den die Vereinigten Staaten bei der heutigen europäischen Krise einnehmen. Er soll dieses Material an Quai d'Orsay vortragen und soll auch inseinen Unterredungen mit europäischen Staatsmännern davon Gebrauch

machen. Der Inhalt dieser Direktiven, die mir Bullitt im Laufe seiner halbstündigen Unterhaltung anführte, ist wie folgt:

1. Eine Belebung der Aussenpolitik unter Führung des Präsidenten Roosevelt, der scharf und unzweideutig die totalitären Staaten verurteilt. 2. Die Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten zur See, zu Lande und in der Luft, die in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden und die kolossale Summe von Dollar 1 250 000 000 verschlingen. 3. Die entschiedene Ansicht des Präsidenten, dass Frankreich und England jeder Kompromisspolitik mit den Totalstaaten ein Ende machen müssen. Sie sollen auf keine Diskussion mit ihnen eingehen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken. 4. Eine moralische Versicherung, dass die Vereinigten Staaten die Isolierungspolitik verlassen und bereit sind im Falle eines Krieges aktiv auf Seiten Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika ist bereit, sein ganzes Material an Finanzen und Rohstoffen zu ihrer Verfügung zu stellen.

.....

Jerzy Potocki
Botschafter der Polnischen Republick

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

gez.Unterschrift
Dr.H o r n
Rechtsanwalt

H0833-0078

H0833-0079

Ri.Exhibit Nr.299/5

A b s c h r i f t

aus: Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges
Erste Folge
(Auswärtiges Amt 1940, Nr.3)

9.Bericht des Polnischen Botschafters in Paris, Jules Lukasiewicz, an den Polnischen Aussenminister in Warschau vom .Februar 1939
(deutsche Übersetzung des vorstehenden Faksimile)

Politischer Bericht Nr.IV/4

Botschaft
der Republick Polen
Nr.1/F/1o

Paris, den .Februar 1939
Streng gehein!

An den
Herrn A u s s e n m i n i s t e r
in Warschau.

Vor einer Woche ist der Botschafter der Vereinigten Staaten W.Bullitt nach einen dreimonatigen in Amerika verbrachten Urlaub nach Paris zurückgekehrt. In der Zwischenzeit hatte ich mit ihm zwei lange Unterredungen, die es mir gestatten, Herrn Minister über meine die europäische Situation betreffenden Ansichten zu informieren wie einen Überblick über die Politik Washingtons zu geben.

1. Eine Aussenpolitik der Vereinigten Staaten, deren Bestreben es ist, unmittelbar an der Entwicklung der Verhältnisse in Europa teilzuhaben, gibt es nicht. Eine solche

Aussenpolitik waere auch nicht moeglich, da sie von der oeffentlichen Meinung, die in dieser Hinsicht ihre isolationistische Einstellung nicht geaendert hat, nicht genehmigt werden wuerde. Dagegen besteht ein ausserordentlich verstaerktes Interesse des amerikanischen Volkes fuer die europaeische Lage. Demgegenueber treten sogar die inneren Angelegenheiten in den Hintergrund und verlieren die, Aufmerksamkeit, deren sie sich fruehr erfreut haben. Die internationale Situation wird von den offiziellen Kreisen als ungeheur ernst und unter der Gefahr eines bewaffneten Konflikts stehend betrachtet. Die masgebenden Faktoren sind der Ansicht, dass, wenn es zwischen England und Frankreich einerseits wie Deutschland und Italien andererseits zum Kriege kommen sollte, in dem England und Frankreich eine Niederlage erleiden koennten, dann die Deutschen den realen Interessen der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontingent gefaehrlich werden wuerden. Aus diesem Grund koenne man die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege auf seiten Frankreichs und Englands von vornherein voraussehen, natuerlich erst eine gewisse Zeit nach Ausbruch des Konfliktes. Botschafter Bullitt durckte das wie folgt aus :" Sollte ein Krieg ausbrechen, so werden wir sicherlich nicht zu Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden. "

Nach Meinung Botschafter Bullitts ist die obige Einstellung der massgebenden Washingtoner Kreise jeglicher ideologischer Elemente bar und ergibt sich ausschliesslich aus der Notwendigkeit, die realen Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen, die im Falle einer franzoesisch-englischen Niederlage ernstlich und unmittelbar zugleich vom Pazifik wie vom Atlantik her bedroht waeren.

H0833-0080

Botschafter Bullitt stellte fest, das Gerucht, als ob Praesident Roosevelt gesagt habe, die Grenze der Vereinigten Staaten liege am Rhein, sei falsch. Er gab dagegen meiner Ueberzeugung Ausdruck, der Praesident habe bestimmt gesagt, er verkaufe Frankreich Flugzeuge, da die franzoesische Armee die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten sei. Dieses entspreche naemlich vollkommen seinen Ansichten.

2. Die italienischen Ansprueche gegenueber Frankreich entbehren absolut aller Grundlagen und Argumente, die sei auch nur teilweise rechtfertigen koennten. Frankreich kann und darf also nicht einmal scheinbar Zugestaendnisse machen. Irgendein Nachgehen Frankreichs wuerde die Unterhoehlung seines Prestiges in Afrika bedeuten. Man muss daher jeden eventuellen Kompromiss auf Kosten franzoesicher Interessen ausschliessen.

Theoretisch genommen besteht die Befuerchtung, England koennte vielleicht zusammen mit Berlin versuchen, Frankreich im Augenblick irgendeiner Spannung einen mit seinen eigenen Interssen nicht zu vereinbarenden Kompromiss aufzuzwingen. In diesem Falle jedoch wird Frankreich auf die kraeftige Unterstuetzung Washingtons rechnen koennen. Die Vereinigten Staaten verfuegen England gegenueber ueber verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung duerfte genuegen, England vor einer Kompromisspolitik auf Kosten Frankreichs zurueckzuhalten.

Man muss damit rechnen, dass das Prestige Englands durch die Ereignisse im Fernen Osten wie die Resultate der Muenchener Konferenz in der amerikanischen oeffentlichen Meinung sehr stark gesunken ist. Andererseits ist die amerikanische oeffentliche Meinung sich daruber im klaren, wieviel England

H0833-0081

heute an einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und ihrer Unterstuetzung gelegen ist.

Unter diesen Bedingungen kann man vermuten, dass Hitler und Mussolini es auf der Grundlage der italienischen Ansprueche Frankreich gegenueber nicht zu einem offenen Konflikt mit England und Frankreich kommen lassen werden.

Eine schwache Seite der Vereinigten Staaten ist es natuerlich, dass sie, obwohl sie schon heute ihren Standpunkt im eventuellen Konfliktsfalle bestimmt haben, gleichzeitig jedoch an der positiven Loesung der europaeischen Probleme keinen aktiven Anteil nehmen koennen, da die isolationistisch eingestellte amerikanische Meinung dieses nicht gestatten wuerde.

3. Das Verhaeltnis der massgebenden amerikanischen Faktoren zu Italien undDeutschland ist negativ hauptsaechlich deshalb, weil sie der Ansicht sind, dass die neuen Erfolge der Achse Rom - Berlin, die das Prestige wie die Autoritaet Frankreichs und Englands als Imperialmaechte unterhoehlten, fast schon unmittelbar die realen Interessen der Vereinigten Staaten bedrohen. So wird auch die Aussenpolitik Washingtons einer eventuellen Weiterentwicklung der Situation in dieser Richtung entgegenwirken.

Die Vereinigten Staaten verfuegen in ihren Beziehungen zu Italien und Deutschland ueber verschiedene Zwangsmittel, die heute schon sehr ernstlich geprueft und aufgestellt werden. Diese ueberwiegend wirtschaftlichen Mittel sind derart, dass sie ohne die geringste Befuerchtung eines innerpolitischen Widerstandes angewandt werden koennen. Sie werden zweifellos sowohl fuer Rom wie fuer Berlin genuegend ausdrucksvoll und fuehlbar sein. Botschafter Bullitt ist der Meinung, ein von

H0833-0082

den Vereinigten Staaten gleichzeitig auf Italien und Deutschland einerseits wie England andererseits ausgeuebter Druck koenne in bedeutendem Masse dem Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes vorbeugen bezw. die Entwicklung der europaeischen Situation in einer Richtung verhueten, die, vom Standpunkt Washingtons aus gesehen, unerwuenscht waere.

Auf meine Bemerkung, es sei bei der gegenwaertigen Sachlage jedoch nicht klar, ob die Vereinigten Staaten bereit waeren, sich mit Deutschland und Italien um die franzoesischen Kolonien zu schlagen bezw. gegen gewisse Systeme und Ideologien zu kaempfen, erklaerte Botschafter Bullitt kategorisch, die Haltung Washingtons wuerde allein von den realen Interessen der Vereinigten Staaten bestimmt, nicht aber von ideologischen Problemen.

Ich muss hinzufuegen, dass Botschafter Bullitt sich des ruecksichtslosen Widerstandes Frankreichs gegen die italienischen Ansprueche gewiss zu sein scheint und in der Konsequenz eine eventuell moegliche Vermittlung englischerseits bezw. englisch-deutscherseits, deren Ziel ein Kompromiss auf Kosten Frankreichs waere, ausschliesst.

Ich moechte vorlaeufig von der Formulierung meiner eigenen Meinung gegenueber den Aeusserungen Botschafter Bullitts Abstand nehmen. Es ist naemlich mein Bestreben, vorher von ihm noch einige zusaetzliche Erlaeuterungen zu erhalten. Eines aber scheint mir sicher, naemlich, dass die Politik Praesident Roosevelts in der naechsten Zeit dahin gehen wird, den Widerstand Frankreichs zu unterstuetzen, den deutsch-italienischen Druck zu hemmen und die Kompromisstendenzen Englands zu schwaechen.

I. Lukasiewicz
Botschafter der Republick Polen

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez.: Unterschrift
Dr. Horn
Rechtsanwalt.

H0833-0083

Ri. Exhibit Nr. 302

A b s c h r i f t

aus: "Voelkischer Beobachter" Nr. 302, Seite 2 vom 28.10.1940

Bericht des polnischen Botschafters in Washington, Graf Jerzy Potocki, an den polnischen Aussenminister vom 7. Maerz 1939.

Botschaft
der Republik Polen
in Washington

7. Maerz 1939

3/SZ = tjn = 9 G e h e i m !

An

den Herrn Aussenminister

in W a r s c h a u

Betrifft: Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten.

Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten beschaeftigt augenblicklich nicht nur die Regierung, sond-ern zugleich auch die ganze amerikanische Oeffentlichkeit. In erster Linie handelt es sich um die Aeusserungen des Praesidenten R o o s e v e l t , welcher fast in jeder oeffentlichen Rede auf die Notwendigkeit einer Aktivierung der Aussenplitik gegenueber dem Chaos der Begriffe und Stroemungen in Europa mehr oder weniger ausdruecklich hinweist. Diese Aeusserungen werden von der Presse aufgenommen und dann in geschickter Weise in die Gemueter der Durchschnittsamerikaner hineinfiltriert, um das ganze Volk in seiner vorgefass ten Meinung zu bestaerken; dabei spielt man immer auf derselben Saite, naemlich - die Gefahr des Krieges in Europa und die Rettung der Demokratien vor der Ueberflutung durch den feindlichen Faschismus. In allen Aeusserungen

H0833-0084

aber steckt gewoehnlich nur ein Gedanke d.h. die Gefahr des Nazismus und des nazistischen Deutschlands fuer den Frieden der Welt.

Die Konsequenz dieser Reden ist, dass man zur A u f - r u e s t u n g , z u r A n w e n d u n g e n o r m e r S u m m e n f u e r d i e F l o t t e u n d d i e L u f t w a f f e aufruft, dahinter steht unzweideutig der Hintergedanke, dass die Vereinigten Staaten im Falle eines bewaffneten Konflikts nicht drassen bleiben koennen, sondern an den Manoevern taetigen Anteil nehmen muessen. Das Ergebnis der kraeftigen Worte des Praesidenten Roosevelts, der sich dabei auf die Presse stuetzt, ist heute eine bewusste B e a r b e i t u n g d e r a m e r i k a n i s c h e n O e f f e n t l i c h k e i t i n R i c h t u n g a u f d e n H a s s g e g e n a l l e s , w a s n a c h T o t a l i s m u s u n d F a s c h i s m u s riecht. Dabei ist aber interessant, dass die UdSSR. ausserhalb bleibt und dass die amerikanische Oeffentlichkeit Russland mehr zum Lager der demokratischen Staaten rechnet, dieses zeigte sich auch waehrend des spanischen Buergerkrieges, als man die sog. Loyalisten als Verteidiger der demokratischen Ideen ansah.

Das Staatsdepartement arbeitet, ohne grosses Aufsehen zu erregen, wenn auch bekannt ist, dass der Staatssekretaer Hull denselben Ideen huldigt wie Praesident Roosevelt. Doch zeigt er mehr Zureuckhaltung als jener, ausserdem liebt eres, den Nazismus und den Kanzler Hitler vom deutschen Staat zu trennen, er haelt diese Form der diktatorischen Regierung fuer ein voruebergehendes "malumnecessarium". Dabei interessiert sich das Staatsdepartement ungemein fuer die UdSSR. und fuer ihre inneren Verhaeltnisse. Ganz offensichtlich graemt es sich wegen ihrer

H0833-0085

Schwäche und ihres Verfalls. Der Hauptgrund für das Interesse der Vereinigten Staaten an dan Russen ist die L a g e i m f e r n e n O s t e n , denn die hiesige Regierung würde gern die Rote Armee als Sieger aus der Auseinandersetzung mit Japan hervorgehen sehen. Deshalb sind auch die Sympathien der Regierung deutlich auf seiten Chinas. Dieses erhielt letzthin eine ansehnliche finanzielle Hilfe in Höhe von 25 Millionen Dollar.

Alle Informationen der diplomatischen Vertretungen sowie der speziellen Sendboten des Präsidenten in Gestalt der Botschafter der Vereinigten Staaten werden vom Staatsdepartement und vom Präsidenten selbst eifrig durchgearbeitet. Dieser beruft häufig seine Vertreter im Auslande zum persönlichen Meinungsaustausch und zum Empfung besonderer Informationen und Instruktionen nach Washington. Die Ankunft der Gesandten und Botschafter ist immer mit dem Mantel eines Geheimnisses umhüllt und über das Ergebnis ihrer Besuche sickert zu wenig in die Presse durch. Auch das Staatsdepartement vermeidet es peinlich, über den Verlauf dieser Unterredungen irgendwelche Informationen auszugeben. Sicher ist das die praktischste Art, wie der Präsident die Aussenpolitik aktivieren kann. Dieser gibt seinen Vertretern im Ausland, welche meistens seine persönlichen Freunde sind, persönlich Instruktionen, auf diese Weise werden die Vereinigten Staaten auf die gefährliche Bahn der Weltpolitik geführt mit der ausdrücklichen Absicht, von der bequemen Politik der I s o l a t i o n a b z u g e h e n . Persönlich sieht der Präsident in der Aussenpolitik seines Landes ein Mittel zur Befriedigung des eigenen E h r g e i z e s . Gern hört er aufmerksam auf das Echo, das aus den anderen Hauptstädten der Welt zu ihm widerhallt.

Ebenso wie in der inneren, so ist auch in der Aussenpolitik der Kongress der Vereinigten Staaten das einzige Objekt, das dem Präsidenten Roosevelt und seiner Regierung bei der Durch-

H0833-0086

führung ihrer schnellen und ehrgeizigen Entschlüsse im Wege steht. Die Verfassung in den Vereinigten Staaten gab vor 150 Jahren die oberste Prärogativen dem amerikanischen Parlament in die Hand, das vom Weissen Haus ausgehende Gesetze kritisieren und ablehnen kann.

Neuerdings war die Aussenpolitik des Präsidenten Roosevelts der Gegenstand einer lebhaften Diskussion im Unterhaus und im Senat, sie rief dort eine recht grosse Aufregung hervor. Die sogenannten Isolationisten, deren es in beiden Kammern eine grosse Zahl gibt, traten scharf gegen den Präsidenten auf. Die Bemerkung des Präsidenten, welche in der Presse bekannt wurde und in der er sagte, dass die Grenzen der Vereinigten Staaten am Rhein liegen, regte vor allem die Abgeordneten und Senatoren auf das lebhafteste auf. Doch ist der Präsident Roosevelt ein ausgezeichneter politischer Spieler, er ist sich über die Macht des amerikanischen Parlaments durchaus im klaren, hier hat er seine ihm ergebenen Leute, und er versteht es, sich im geeigneten Augenblick aus seiner unbequemen Stellung zurückzuziehen.

Sehr klug und geschickt verband er die Frage der Aussenpolitik mit der Aufrüstung Amerikas. Hierbei wies er nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, zur Aufrechterhaltung des defensiven Friedens Riesensummen auszugeben. Er sagte ausdrücklich, dass die Vereinigten Staaten nicht deshalb aufrüsten, um einzugreifen, oder sich im Kriegsfall mit England und Frankreich zu verbinden, sondern weil es notwendig sei, im Falle eines bewaffneten Konfliktes in Europa Stärke und militärische Bereitschaft zu zeigen. Seiner Ansicht nach rückt dieser Konflickt immer näher heran, er ist völlig unvermeidbar.

Da die Frage in dieser Weise dargestellt wurde, so gab sie seitens der parlamentarischen Kammern keinen Anlass zu Einwendungen. Im Gegenteil, die Kammern nahmen das Rüstungsprogramm von

H0833-0087

über 1 Milliarde Dollar an (der ordentliche Haushalt 52o Millionen, der ausserordentliche 552 Millionen Dollar).
Unter dem Mäntelchen der Aufrüstungspolitik betreibt aber Präsident Roosevelt seine Aussenpolitik weiter, die inoffiziell der Welt gegenüber zum Ausdruck bringt, dass im Kriegsfalle die Vereinigten Staaten mit ihrer ganzen militärischen und finanziellen Macht auf die Seite der demokratischen Staaten treten würden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die technische und moralische Vorbereitung desamerikanischen Volkes zur Teilnahme an einem Kriege _ falls ein solcher in Europa ausbrechen sollte, - rasch vorwärts geht, und es sieht so aus, als ob gleich von Anfang an die Vereinigten Staaten Frankreich und Grossbritannien mit ihrer ganzen Macht zu Hilfe kommen werden. Ich kenne aber die amerikanische Öffentlichkeit und die Gesandten und Senatoren, die das entscheidende Wort haben, und ich bin der Meinung, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Amerika wie 1917 in den Krieg eintritt, nicht gross ist, denn der grösste Teil der Staaten im Mittelwesten und Westen, in welchen das ländliche Element vorherrscht, wollen um keinen Preis in die europäischen Unstimmigkeiten verwickelt werden. Diese erinnern sich an die Erklärung des Versailler Vertrages sowie an die bekannte Phrase, dass der Krieg zur Sicherung der Demokratien in der Welt dienen sollte. Weder der Versailler Vertrag noch dieses Schlagwort haben die Vereinigten Staaten mit dem Kriege ausgesöhnt. Bei vielen Millionen des Volkes blieb nur ein bitterer Nachgeschmack wegen der unbezahlten Milliardensummen, die die europäischen Staaten Amerika noch schuldig sind.

gez. Jerzy Potocki

Botschafter der Republik Polen.

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift

Dr. H o r n
Rechtsanwalt.

H0833-0088

Ri. Exh. Nr. 29o/1

A b s c h r i f t

aus Sven H e d i n "Amerika im Kampf der Kontinente." (S. 37)

..... So hatte selbst der französische Heerführer im Weltkrieg Marschal Foch, in der Karte auf die Nordspitze des polnischen Korridors an der Ostsee zeigend, gesagt: "Dort liegen die Wurzeln eines neuen Krieges."

Die Engländer aber sind niemals Freunde Polens gewesen, und ihr Hauptdelegierter in Paris und Versailles, Lloyd George, hatte ihm vieles verweigert, was seine Unersättlichkeit verlangte. In England bestand auch Verständnis für die Unhaltbarkeit der deutsch-polnischen Regelung, deren Revision selbst Winston Churchill in seiner Antwort auf die Botschaft des Königs am 23. November 1932 im Unterhaus mit folgenden Worten forderte: "Es würde sicherer sein, Fragen wie die des Danziger Korridors und Transsylvaniens in all ihrer Schwierigkeit und Verwickeltheit mit kaltem Blut, in einer ruhigen Atmosphäre und während die Siegerstaaten noch genügend Übermacht haben, aufzugreifen, als zu warten und sich Zoll um Zoll und Schritt um Schritt weitertreiben zu lassen, bis wieder einmal riesige, gleich gut gerüstete Mächtekombinationen einander Auge im Auge gegenüberstehen."

.....

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0833-0089

Ri. Exhibit Nr. 303

A b s c h r i f t

aus: Dokumente der deutschen Politik", Band 8, I (S. 427)

III. Deutschlands Verhältnis zu Amerika.

Erklärung Roosevelts am 17. Januar 1936 vor dem aussenpolitischen Senatsausschuss:

"Wir können nicht verstehen, wie ein Neutraler planmässig das Feuer und die Flammen eines Krieges schüren helfen kann durch direkte Belieferung Kriegsführender mit wesentlichen Materialien. Er hilft dadurch nicht nur, den Krieg fortzuführen, sondern ihn unabsehbar in die Länge zu ziehen. Niemand weiss besser als wir, dass mit jedem Tag, um den der Krieg verlängert wird, die Gefahr einer Ausbreitung wachsen würde zugleich mit der erhöhten Gefahr, dass wir hineingezogen werden."

Die Reichtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift

Dr. Martin Horn,
Rechtsanwalt.

H0833-0090

Ri.Exhibit Nr.3o4

Abschrift

aus "Dokumente der deutschen Politik" Band 8 I(S.426)

III.Deutschlands Verhältnis zu Amerika.

Roosevelts Kongressbotschaft vom 4.Januar 1939.

"Worte mögen nutzlos sein, aber der Krieg ist nicht das einzige Mittel, um eine anständige Achtung vor der Meinung des Menschengeschlechts durchzusetzen. Esgibt viele Methoden bis hart an den Krieg heran, die stärker und wirkungsvoller als blosse Worte sind, um den Aggressor-Regierungen die Gefühle unseres Volkes beizubringen. Zum mindesten können und sollten wir jede Aktion oder jede Unterlassung vvermeiden, die den Angreifer ermutigt oder unterstützt. Als wir beherzt versuchten, eine Neutralitätsgesetzgebung zu schaffen, haben wir erfahren, dass unsere Neutralitätsgesetze eine ungleichmässige und ungerechte Anwendung finden können. Sie können dem Angreifer sogar eine wirkliche Hilfe bringen und sie dessen Opfer versagen. Unser Selbsterhaltungstrieb müsste uns warnen, diesen Zustand weiterbestehen zu lassen."

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

Dr.Martin Horn
gez.Unterschrift
Rechtsanwalt

H0833-0091

Ri.Exhibit Nr.290/II

A b s c h r i f t

aus dem Buch von Sveb Hedin "Amerika im Kampf der Kontinente"

Seite 92

..... Zwischen dem 1.Januar und den 5.September 1939 hatte Deutschland für 23 000, Grossbritannien für 21 000 000 Frankreich für 1 6 000 000 Dollar Kriegsmaterial aus der USA bezogen. .....

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift
Dr.Martin Horn
Rechtsanwalt

H0833-0092

Ri.Exhibit Nr.3o5

A b s c h r i f t

aus: "Dokumente der deutschen Politik" Band 9 I

IV. Deutschlands Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika un den Iberoamerikanischen Staaten.

Seite 460

.....Er habe, so erklärte der Präsident bei dieser Gelegenheit, der USA-Marine den Befehl gegeben, auf dem Seeweg zwischen den Vereinigten Staaten und Island, wenn nötig, gegen andere Seestreitkräfte das Feuer zu eröffnen, um jeden Angriff oder jeden drohenden Angriff zurückzuschlagen. So hatte, wie Knox am 1o.Juli dem Marineausschuss des Repräsendantenhauses mitteilte, schon vor einiger Zeit ein amerikainsches Patrouillenschiff Wasserbomben gegen ein mit Hilfe von Horchapparaten festgestelles deutsches Unterseeboot geworfen.

Seite 457

Ein letztes Hemmnis für eine umfassende Hilfeleistung an Grossbritannien waren die noch in der nordamerikanischen Neutralitätsgesetzgebung enthaltenen Verbote für Schiffe der USA., Häfen Kriegsführender anzulaufen und von Präsidenten festgesetzte Kampfzonen zu befahren sowie bewaffnet zu sein. .....

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

gez.Unterschrift
Dr.H o r n
Rechtsanwalt

H0833-0093

H0833-0094

Ri.Exhibit Nr. 306

A b s c h r i f t

aus: Dokumente der deutschen Politik Band 9 I

IV. Deutschlands Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika und den iberoamerikanischen Staaten.

Seite 456/457

..... "Ich kann nicht sagen, wie tief wir alle beeindruckt sind von den Leistungen der tapferen sowjetischen Armeen. Wir werden geeignete Wege finden, das Material und die Ausrüstung zu beschaffen, die erforderlich sind, um Hitler an allen Fronten zu bekämpfen, einschliesslich der Sowjetfront. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um mein grosses Vertrauen daruber zum Ausdruck zu bringen, dass Ihre Armeen zum Schluss uber Hitler siegen werden, und versichere Sie der grössten Entschlossenheit, den erforderlichen materiellen Beistand zu leisten." .....

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift

Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0833-0095

Ri.Exhibit Nr. 307

Abschrift

aus: Dokumente der deutschen Politik, Band 9 I

IV. Deutschlands Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika und den iberoamerikanischen Staaten.

Seite 457

..... Ein weiteres (am 4. November beantwortetes) Schreib über die Beschleunigung der Kriegslieferungen an die UdSSR. richtete Roosevelt am 30. Oktober an Stalin, hierin teilte er auch die Gewährung einer amerikanischen zinsfreien Anleihe in Höhe von einer Milliarde Dollar an die Sowjetunion mit.

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

gez. Unterschrift

Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0833-0096

Ri.Exhibit Nr. 308

Abschrift

aus: Dokumente der deutschen Politik Band 9 I

IV. Deutschlands Verhältnis zu den Vereinigten Staaten voh Amerika und den iberoamerikanischen Staaten.

Seite 460

... In seiner Rundfunkansprache von diesem Tage erklärte Roosevelt: "In Gewässern, die wir für unsere Verteidigung für wichtig halten, werden amerikanische Kriegsschiffe und amerikanische Flugzeuge nicht länger warten, bis die U-Boote der Achse unter Wasser lauern oder die Handelsstörer der Achse an der Oberfläche zuerst den tödlichen Streich liefern. Unseren Marine- und Luftpatrouillen - die jetzt in grosser Anzahl auf der Weite des Atlantischen Ozeans operieren - fällt die Pflicht zu, die amerikanische Politik der Freiheit der Meere aufrechtzuerhalten, und dies bedeutet ganz kurz und bündig, dass unsere Patrouillenschiffe und -flugzeuge alle Handelsschiffe schützen werden - nicht nur amerikanische Schiffe, sondern Schiffe unter irgendeiner Flagge, die in den unserer Verteidigung dienenden Gewässern dem Handel nachgehen. Sie werden diese vor U-Booten und vor Überwasserstreitkräften schützen. Sobald deutsche oder italienische Kriegsschiffe Gewässer befahren, deren Schutz für die amerikanische Verteidigung notwendig ist, tun sie dies von nun an auf eigene Gefahr. Die Befehle, die ich als Oberkommandierender der USA-Armee und Marine gegeben habe, sollen diese Politik in die Tat umsetzen, und zwar sofort".

.....

Seite 461

..... Aussenminister Hull am 12. September. Deutschlands Verhalten werde die Gebiete bestimmen, die von den USA. als Defensivgewaesser angesehen werden und in denen der Schiessbefehl Anwendung findet.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez.: Unterschrift

Dr. H o r n
Rechtsanwalt.

H0833-0097

Ri. Exhibit Nr. 309

A b s c h r i f t

Aus: Dokumente der deutschen Politik Band 8 / I

Fussnote zu: (Seite 433)

Nr. 65 Deutsche Antwortnote auf die Deklaration der panamerikanischen Konferenz.

Seite 433 1. Die amerikanischen Republiken, solange sie ihre Neutralitaet beibehalten, das unbestreitbare Recht haben, die an dem amerikanischen Kontinent angrenzenden Gewaesser, die sie von vordringlichem Interesse und direktem Nutzen fuer ihre Beziehungen halten, von jeder feindlichen Handlung seitens einer nichtamerikanischen kriegfuehrenden Nation freizuhalten, sei es nun, dass dieser feindliche Akt geplant oder durchgefuehrt wird vom Lande, vom Wasser oder aus der Luft. Diese Gewaesser werden bestimmt und beschrieben auf die folgende Art: Alle Gewaesser innerhalb der Grenzen, die im folgenden dargelgt werden, mit Ausnahme der territorialen Gewaesser von Kanada und der Kolonialbesitzungen, die unbestreitbar in diesen Gebieten europaeischen Laendern gehoeren. Die Gebiete beginnen am Endpunkt der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada in der Bucht von Pasamaquoddy (und enden, den gesamten uebrigen amerikanischen Kontinent umschliessend) im Pazifik an der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada in der Meerenge von Juan de Fuca.

2. Die Regierungen der amerikanischen Republiken kommen ueberein, dass sie sich bemuehen werden, von den Kriegfuehrenden die Beachtung der in dieser Erklaerung enthaltenen Bestimmungen zu erreichen, mittels gemeinsamer Vorstellungen bei den Regierungen, welche augenblicklich und in Zukunft an den Kriegshandlungen teilnehmen, ohne dass dieses Vorgehen die Ausuebung der einzelnen Souveraenitaetsrechte jedes Staates beruehrt.

H0833-0098

3. Die Regierungen der amerikanischen Republiken erklaeren ausserdem, dass immer, wenn sie es fuer notwendig erachten, sie sich untereinander konsultieren, um die Massnahmen zu bestimmen, die sie einzeln oder kollektiv ergreifen, um die Erfuellung der Dispositionen dieser Erklaerung zu erzwingen.

4. Die amerikanischen Republiken koennen, waehrend ein Kriegszustand besteht, an dem sie selbst nicht teilnehmen, und solange es fuer notwendig erklaert wird, einzelne oder geminsame Patrouillen durchfuehren, wenn sie in gemeinsamem Einverstaendnis darueber uebereinkommen, und soweit die Streitkraefte und Hilfsmittel jedes Einzelnen es erlauben und zwar in den an ihren Kuesten angrenzenden Gewaessern innerhalb der beschriebenen Zonen."

Die Richtigkeit der
Abschrift bestaetigt:

gez.: Unterschrift

Dr. H o r n
Rechtsanwalt.

H0833-0099

Ri. Exhibit Nr. 309

A b s c h r i f t

aus: Dokumente der deutschen Politik, Band 9, I.

IV. Deutschlands Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika und den iberoamerikanischen Staaten.

Seite 455

..... Insbesondere war der amerikanische Präsident bestrebt, die Balkanländer zum Kriegseintritt auf Englands Seite zu bewegen. Diesem Zwecke diente die Mission seines Sonderbeauftragten, des Obersten William Donovan, der auf seiner dreimonatigen Rundreise durch vierzehn Länder Europas und des Vorderen Orients am 21./22. Januar in Sofia sowie anschliessend in Belgrad, Athen und (Anfang Februar) in Ankara weilte, wo er mit den jeweils führenden Staatsmännern Besprechungen abhielt.

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift
Dr. H o r n
Rechtsanwalt.

H0833-0100

Ri. Exhibit Nr. 309 a

A b s c h r i f t

aus: Dokumente der deutschen Politik, Band 8/I

65. Deutsche Antwortnote auf die Deklaration der panamerikanischen Konferanz.

Der verewigte Herr Präsident der Republik Panama hat dem Herrn Deutschen Reichskanzler mit Telegramm vom 4. Oktober v. J. namens der amerikanischen Republiken den Wortlaut der sogenannten Deklaration von Panama mitgeteilt, die das Ziel verfolgt, die neutralen amerikanischen Republiken davor zu schützen, dass ihre Lebensinteressen durch die Auswirkungen des gegenwärtig bestehenden Kriegszustandes gefährdet werden. Zu diesem Zwecke wird in der Deklaration die Einrichtung einer Sicherheitszone in Aussicht genommen, und zwar derart, dass in den an den amerikanischen Kontinent angrenzenden Gewässern in bestimmter Ausdehnung seitens der Kriegführenden keine kriegerischen Aktionen durchgeführt werden sollen. Die Regierungen der amerikanischen Repuliken stimmen darin überein, dass sie sich bemühen wollen, von den Kriegführenden die Anerkennung einer solchen Sicherheitszone zu erlangen.

.....

Seite 434

1. Die Deutsche Regierung begrüsst den in der Erklärung von Panama zum Ausdruck gebrachten Willen der amerikanischen Republiken, während des gegenwärtigen Konflikts strikte Neutralität zu wahren, und hat volles Verständnis dafür, dass diese im Rahmen des Möglichen Auswirkungen des gegenwärtigen Krieges auf ihre Länder und Völker vorzubeugen wünschen.

H0833-0101

2. Die Deutsche Regierung glaubt sich in Übereinstimmung mit den amerikanischen Regierungen darüber zu befinden, dass die in der Erklärung von Panama in Aussicht genommene Regelung eine Abänderung des gegenwärtigen Völkerrechts bedeuten würde.....

Sei-te 435 Die Deutsche Regierung vertritt nicht den Standpunkt, dass die bisher anerkannten Regeln des Völkerrechts als eine starre und für immer unabänderliche Ordnung angesehen werden müssten.

Sie ist vielmehr der Ansicht, dass diese Regeln einer Anpassung an die fortschreitende Entwicklung und an neu hervortretende Verhältnisse fähig sind und bedürfen. In diesem Geiste ist sie auch bereitwillig an die Prüfung des Vorschlages der neutralen amerikanischen Regierungen herangetreten. .....

3. Bei der Prüfung der Fragen, die mit dem Plan der Einrichtung der Sicherheitszone zusammenhängen, ergibt sich von vornherein ein wichtiger Punkt, der die Lage Deutschlands und die der anderen kriegführenden Mächte in dieser Beziehung als ungleich erscheinen lässt. Während nämlich Deutschland auf dem amerikanischen Kontinent niemals territoriale Ziele verfolgt hat, haben sich Grossbritannien und Frankreich auf diesem Kontinent und auf vorgelagerten Inseln im Laufe der letzten Jahrhunderte wichtige Besitzungen und Stützpunkte geschaffen, deren praktische Bedeutung auch für die hier in Betracht kommenden Fragen keiner näheren Darlegung bedarf. Durch diese Ausnahme von der Monroedoktrin zugunsten Grossbritanniens und Frankreichs wird der von den neutralen amerikanischen Regierungen gewünschte Effekt der Sicherheitszone von vornherein grundsätzlich und ernstlich beeinträchtigt.

Die hierdurch bedingte Ungleichheit in der Lage Deutschlands und seiner Kriegsgegner könnte vielleicht bis zu einem gewissen Grade dadurch beseitigt werden, dass sich Grossbritanien und Frankreich unter der Garantie der amerikanischen Staaten bindend

H0833-0102

verpflichten würden, die erwähnten Besitzungen und Inseln nicht zum Ausgangs= oder Stützpunkt kriegerischer Aktionen zu machen.

.....

Allein die Tatsache der Aufstellung von Forderungen, wonach deutschen Kriegsschiffen das Einlaufen in die erwähnte Zone nicht gestattet sein soll, während die Kriegsschiffe der Gegner offenbar das Recht zum Einlaufen in die Zone unbeschränkt behalten sollen, zeigt einen derartigen Mangel an der Achtung der elementarsten Begriffe des internationalen Rechts und mutet den Regierungen der amerikanischen Staaten eine so flagrante Verletzung der Neutralität zu, dass die Deutsche Regierung darin nur den Willen der Britischen und Französischen Regierung erblicken kann, den Grundgedanken der Sicherheitszone von vornherein zunichte zu machen.

5. Bei aller Bereitschaft der Deutschen Regierung, auf die Vorschläge und Anregungen der amerikanischen Staaten auf diesem Gebiet einzugehen, kann die Deutsche Regierung sich einen Erfolg von der Weiterverfolgung des Planes der Sicherheitszone nur dann versprechen, wenn der bekanntgewordene englische und französische Standpunkt grundlegend revidiert wird.

gez. Winter,
Deutscher Geschäftsträger.

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

gez. Unterschrift
Dr. H o rn
Rechtsanwalt.

H0833-0103